: antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 31.5.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

BPE-Versammlung in Köln

KÖLN. Die sogenannte „Bürgerbewegung Pax Europa" (BPE), der zahlreiche Akteure der Stadtkewitz-Partei „Die Freiheit" und Anhänger der rassistischen Internetseite „PI-News" angehören, will am Samstag den 2. Juni 2012 eine Bundesmitgliederversammlung in Köln durchführen. Die Veranstaltung, deren genauer Ort derzeit noch nicht bekannt ist, soll um 13 Uhr beginnen. Der BPE hatte – nach Eigenangaben – 2010 rund 800 Mitglieder. *hmn* ■

Lerle festgenommen

LÜBECK. Der seit Jahren flüchtige „Lebensschützer" Johannes Lerle wurde bei einer Verkehrskontrolle in Lübeck festgenommen. Lerle war 2007 vom Amtsgericht Erlangen wegen „Volksverhetzung" zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden und 2008 untergetaucht. Zuvor war der Theologe bereits, teilweise auf Bewährung, wegen Beleidigung in anderen Gerichtsverfahren verurteilt worden. So beleidigte Lerle u.a. einen Arzt, der Schwangerschaftsunterbrechungen durchführte. Lerle sitzt nun in der JVA Lübeck ein. *hmn* ■

Palm suspendiert

AACHEN. Der Vorsitzende des Aachener Kreisverbandes und Vize-Chef des NRW-Landesverbandes der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW", Wolfgang Palm, ist vom Aachener Polizeipräsidenten Klaus Oelze Mitte Mai mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert worden. Palms Aktivitäten bei „Pro NRW" und dessen berufliche Tätigkeit als Polizeihauptkommissar seien nicht miteinander vereinbar, begründete der Sprecher der Polizei die Maßnahme. Palm will gegen die Suspendierung, die zunächst auf drei Monate festgelegt wurde, vor das Verwaltungsgericht ziehen, erklärte dessen Anwalt, Jochen Lober aus Köln. Lober hatte in der Vergangenheit schon eine Reihe Akteure aus dem extrem rechten Spektrum als Anwalt vertreten. *hmn* ■

Aus dem Inhalt:

Frustriert? Nein! Verärgert? Allemal!

Petra Pau, für DIE LINKE Obfrau im Untersuchungsausschuss des Bundestages, der die Hintergründe der dem so genannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) angelasteten Mordserie aufklären soll, mit einem Ausblick auf die bevorstehende Anhörung des Ausschusses in dieser Woche

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur NSU-Nazi-Mordserie tagt diese Woche wieder. Worum geht es diesmal?

Petra Pau: Es wird brisanter. Erstmals werden Beamte des Verfassungsschutzes befragt. Und mit Bayerns Ex-Innenminister, Günther Beckstein, wurde der erste Politiker geladen.

Was ist daran besonders spannend?

Nach Lage der mir bekannten Akten und nach bisherigen Zeugenaussagen gibt es zwei Annahmen. Erstens: Der Verfassungsschutz hat die ermittelnden Polizeibeamten wider besseres Wissen total ins Leere laufen lassen. Zweitens: Herr Beckstein hat 2006 verhindert, dass das Bundeskriminalamt die länderübergreifenden Ermittlungen übernimmt und führt.

Immer wieder ist von einem Desaster – insbesondere 2006 – die Rede. Warum?

Das würde jetzt Bände füllen. Deshalb hier nur drei Anmerkungen. Erstens: 2006 vollstreckten die Nazi-Täter Mord 8 in Dortmund und Mord 9 in Kassel. Zweitens: Im selben Jahr begann die Sonderkommission „Bosporus" erstmals in Richtung rechtsextremer Täter zu ermitteln. Drittens: Wiederum 2006 ließ der Verfassungsschutz die Polizei hängen und blockierte Bayerns Innenminister, so die bisherigen Aussagen, stringente bundesweite Ermittlungen.

Also haben CDU und CSU Recht, wenn sie eine neue Sicherheitsarchitektur fordern, um so fatale Ermittlungspannen künftig zu vermeiden?

Die Grünen wollen das offenbar auch. Ich sage eher: Nein! Richtig ist: Es gab offensichtlich Wichtig-Wichtig-Rangeleien zwischen Sicherheitsbehörden und zwischen politischen Ebenen. Aber die eigentliche Frage bleibt doch: Warum wurde die rechtsextreme Gefahr so lange, so gründlich und so tödlich unterschätzt? Und ich behaupte: Das ist noch immer so.

Alle haben Besserung versprochen, nachdem das NSU-Mord-Desaster Anfang November 2011 publik wurde…

→

Die Blockupy-Abschlussdemonstration am 17. Mai war die größte Demonstration seit vielen, vielen Jahren in Frankfurt, trotz aller Verbote und Hetze im Vorfeld.





…nur passiert ist nichts. Die gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz hängen noch immer am Gnadentropf einer Bundesfamilienministerin, die Links und Rechts nicht unterscheiden kann. Der Bundesinnenminister schweigt zum Thema NSU seit Monaten. Die Medien haben längst andere Themen. Und von einem Aufstand der Anständigen in der Gesellschaft, wie im Jahr 2000, kann keine Rede sein.

Ich höre raus: Petra Pau klingt frustriert.
Nein, aber verärgert schon. Zehn Menschen wurden kaltblütig hingerichtet, davon mindestens neun aus germanisch-rassistischen Motiven. Und zu viele machen so weiter, als sei nichts geschehen.

Abschlussfrage: Sie werden mit Ermittlungsakten zugeschüttet?
Inzwischen sind es wohl 20 000 bis 40 000 Seiten. Da kann man die Wochenenden abschreiben und Nadeln in Heuhaufen suchen. Das Gegenstück kann man weiterhin in Thüringen und Sachsen erleben. Dort werden die Parlamentarier von den Regierungen immer noch eher dumm gehalten.

Interview: Rainer Brandt
linksfraktion.de,21. Mai 2012

Untersuchungsausschuss muss offene Fragen aus Schäfer-Bericht aufklären

Nachdem der Bericht der so genannten Schäfer-Kommission gravierende Fehler und Mängel bei der Verfolgung der drei untergetauchten Rechtsterroristen nachweist, sieht der LINKE-Fraktionsvorsitzende, Bodo Ramelow, den Untersuchungsausschuss des Parlamentes in der Pflicht, offen gebliebene Fragen mit allem Nachdruck aufzuklären.

„Um die Motive derjenigen aufzudecken, die ihrer Arbeit nicht nachgegangen sind, und die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden aufzuklären, ist es unabdingbar, die Gründung und Herausbildung neonazistischer militanter Strukturen in Thüringen, wie dem ‚Thüringer Heimatschutz', und das Mitwirken des Landesamtes für den Verfassungsschutz zu untersuchen. Ebenso bleibt immer noch offen, ob Geheimdienste anderer Länder oder des Bundes ihre Finger mit im Spiel hatten", so Ramelow.

Die Schäfer-Kommission hatte unter anderem ein desaströses Bild des Verfassungsschutzes gezeichnet und dieses unter anderem mit dem immanenten Ziel des Schutzes der Quellen und des Informationszuganges von Geheimdiensten versucht zu begründen.

„Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz Neonazis mehrfach vor polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen und später auch die Familie eines der Untergetauchten vor polizeilichen Überwachungsmaßnahmen gewarnt hat, stellt die Frage auch eines strafrechtlichen Verhaltens der Beteiligten, das nicht mit Unfähigkeit begründet werden kann, sondern aktives Handeln voraussetzt. In diesem Zusammenhang stellt sich dringend die Frage nach den Gründen dafür sowie nach der Rolle der Aufsichtsbehörden und der politischen Einschätzung der tatsächlichen Gefährdungslage im Innenministerium", sagte Martina Renner.

Renner warnt davor, die strukturellen und handwerklichen Defizite nunmehr zum Ausgangspunkt dafür zu machen, Geheimdienst und Polizei enger zu verzahnen. „Die Fehler auf Seiten der Polizei, insbesondere des LKA, dürfen nun nicht dazu führen, der Polizei einen Geheimdienst zur Seite zu stellen, der ohne Kontrolle und ohne tatsächlichen Anlass in Grundrechte eingreifen darf. Vielmehr ist offenbar geworden, dass, wenn das LKA das erlernte Handwerk richtig angewandt hätte, wahrscheinlich eine unbeschreibliche Mordserie hätte von Anbeginn an verhindert werden können", so Ramelow.

Die Frage der Gefahreneinschätzung neonazistischer Strukturen sowie deren Verankerung und Wirken müsse künftig einer wissenschaftlichen Einrichtung überlassen bleiben, ohne die Befugnis, zu spitzeln oder abzuhören und sich zwielichtiger Informanten zu bedienen. V-Leute hätten deutlich gezeigt, dass sie letztlich nur ihre eigenen Ziele verfolgen und regelmäßig mit ihrer Informantentätigkeit die eigentlich zu überwachende Struktur stärken. Auf Seiten der Polizei sei zu hinterfragen, ob eine fehlende Sensibilisierung für die Gefahren des Neonazismus zu diesem Fehlhandeln führte und die Ursachen hierfür heute abgestellt sind.

http://www.die-linke-thl.de
15. Mai 2012

Frühlingsfest des FHwO

Bad Bevensen. Zum 45.Mal fand am 1.Mai das Frühlingsfest des „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V." (FHwO) statt. Vorsitzender Klaus Hoffmann, früher NPD-Aktivist, begrüßte dort – nach eigenen Angaben – u.a. Gäste von FHwO-Stützpunkten aus dem Großraum der Lüneberger Heide sowie Gäste aus dem polnischen Bydgoszcz. Es wurden Grüße von „Deutschen Freundschaftskreisen" in Polen und von Förderern des FHwO verlesen. Darunter auch ein Grußwort des erkrankten Schirmherrn der FhwO, Prof. Karl-Heinz Kuhlmann, einem der Erstunterzeichner des Manifests „gegen den Linkstrend" in der CDU. Neben dem Auftritt eines Jugendchors aus dem polnischen Gliwice gab es eine Tombola, eine Fotoausstellung und ein großes Bücherangebot. Auch Zeitungen wie die „Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt" und „Der Schlesier" wurden angeboten. hmn n

In Verein umgewandelt

Mettmann. Die von Akteuren aus dem rechten Rand der Union initiierte Aktion „Linkstrend stoppen" ist in einen Verein umgewandelt worden. Bei den neun Gründungsmitgliedern handelt es sich ausnahmslos um Mitglieder von CDU und CSU. Friedrich W. Siebeke wurde Vorsitzender des Vereins, der bisherige Pressesprecher Michael W. Nickel sein Stell-vertreter. Der Kreis der Erstunterzeichner steht dem Verein als Ältestenrat

Erneut SS Gedenken in Bad Reichenhall – antifaschistische Demonstration hält dagegen

Am Samstag den 12. Mai 2012 fand in Bad Reichenhall erneut ein neonazistisches SS-Gedenken statt. An der Veranstaltung zu Ehren der SS-Division „Charlemagne" beteiligten sich nach Polizeiangaben etwa 70 Teilnehmer_nnen (1). Nach Informationen, die dem RABATZ-Bündnis zugespielt wurden, soll am selben Abend nach der SS-Gedenkfeier, in der Region noch ein Neonazi-Liederabend stattgefunden haben (2). Gegen diese menschenverachtenden ultrarechten Aktivitäten gab es offenbar (3) keinerlei zivilgesellschaftlichen Protest.

Deshalb rief das antifaschistische RABATZ Bündnis für Samstag 19.5.2012 zu einer antifaschistischen Demonstration auf.



Demonstration „Entnazifizierung und Entmilitarisierung"

Am Samstag, 19. Mai 2012 demonstrierten in Bad Reichenhall rund 150 Menschen für die „Entnazifizierung und Entmilitarisierung Bad Reichenhalls". „Wir sind heute hier, um rechte Traditionspflege der Bundeswehr anzugreifen. Dabei wollen wir keineswegs den Ruf der Bundeswehr oder den Ruf des Ortes Bad Reichenhall retten, sondern den militaristischen Normalzustand in der oberbayerischen Provinz angreifen." Mit diesen Worten startete einer der ersten Redebeiträge auf der antifaschistischen Demonstration. Die Polizei hingegen schien andere Ziele zu verfolgen:

Unter juristisch äußerst fragwürdigen Vorwänden wurde die Demonstration mehrfach gestoppt und ein reibungsloser Ablauf verhindert. Ohne gesetzliche Grundlage mussten sich Anreisende beinahe ausnahmslos schon bei der Ankunft Taschen und Rucksäcke durchsuchen lassen und ihre Personalien aufnehmen lassen. Neben den völlig übertriebenen Kontrollen schon vor Beginn der Demonstration wurden einzelne Demonstrationsteilnehmer*innen dazu gezwungen Fahnenstangen abzusägen.

Die zahlreichen Repressalien, denen die Demonstrationsteilnehmer*innen ausgeliefert waren, stehen nach Auffassung der Veranstalter*innen im Widerspruch zu demokratischen Grundrechten wie der im Grundgesetz formulierten Versammlungsfreiheit. „Dass die Demokratie nicht durch uns Antifaschisten und Antifaschistinnen gefährdet ist," so Maximilian Buchner, Pressesprecher des Rabatz-Bündnisses, „sondern dadurch, dass von Seiten der Staatsgewalt Teilnehmer*innen antifaschistischer Demonstrationen gegängelt werden, hat sich in Bad Reichenhall wieder einmal gezeigt. Die Stadt Bad Reichenhall und das Landratsamt Berchtesgadener Land, das die Durchführung der Demonstration mit völlig unverhältnismäßigen Auflagen eingeschränkt hat, hatte alle Register gezogen, um einer längst überfälligen Auseinandersetzung mit der in der Stadt betriebenen geschichtsrevisionistischen Gedenkpolitik um Kretabrückenfest und SS-Gedenken sowie dem lokalen Naziproblem aus dem Weg zu gehen."

Am kommenden Dienstag soll in Bad Reichenhall, unter Beteiligung der Bundeswehr, wieder die sogenannte „Kretagedenkfeier" des örtlichen Kameradenkreises der Gebirgstruppen stattfinden. Der Kameradenkreis wurde u.a. von dem als „der Schlächter von der Krim" bekannten Nazi-General Rudolf Konrad gegründet. Das RABATZ-Bündnis befürchtet, dass dort erneut „Geschichtsklitterung betrieben und der Angriffskrieg der Wehrmacht auf Kreta glorifiziert wird". Nach Auffassung des Vorsitzenden des örtlichen Kameradenkreises der Gebirgstruppen, Manfred Held, stehe das Gedenken im Zeichen „sinnloser Gewalt von beiden Seiten".

Buchner ist empört über solche Aussagen: „Der Widerstand der kretischen Zivilbevölkerung und der Partisanen war legitim und alles andere als sinnlos, denn jeder Widerstand gegen die Wehrmacht hat dazu beigetragen, den Krieg schneller zu beenden und damit Europa vom Faschismus zu befreien."

Fotos und weitere Informationen gibt es unter www.badreichenhall.tk ■

1)http://www.polizei.bayern.de/oberbayern/news/presse/aktuell/index.html/156460

2) In Neonazikreisen wurde ein Liederabend mit Fylgien beworben. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich der ultra rechte Liedermacher Sebastian Döhring aus Berlin. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat 2011 die aktuelle CD „Mein Glaube heißt Deutschland" des neonazistischen Liedermachers indiziert (vgl. http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/fylgien-cd-auf-dem-index)

3) Weder in der Pressemitteilung der Polizei „Totengedenken ohne Sicherheitsstörungen" noch in der Lokalpresse wurden ein Proteste gegen das Nazigedenken erwähnt.

infogruppe.rosenheim@googlemail.com



zur Seite. Nach der Eintragung ins Vereinsregister will man die fast 8000 Unterzeichner des Manifestes über den Verein informieren und als Freunde und Förderer der – nach eigenem Bekunden – „beständigsten Reformbewegung an der Unionsbasis“ gewinnen. *hmn* ■

Rechte Vorurteile bis in die Mitte der Gesellschaft

„Rechtsextremismus bekämpfen und Opfer schützen“ war das Thema einer Veranstaltung des SPD-Landesverbandsforums „Gegen Rechts“ am 12. April 2012 in Hannover. Den Hintergrund bildete die Suche nach den Konsequenzen aus der Mordserie der Zwickauer Terrorzelle.

Die Leiterin des Forums, Sigrid Leuschner (MdL), konnte über 150 Gäste begrüßen, darunter viele Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Einrichtungen sowie von Vereinen und Verbänden. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ war mit einem eigenen Informationsstand vertreten.

Der SPD-Landesvorsitzende und Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, verwies in einem Grundsatzreferat, darauf, dass rechte Vorurteile bis in die Mitte der Gesellschaft reichen: „Es sind nicht in erster Linie Kahlköpfe mit Springerstiefeln, die uns Sorgen machen lassen müssen“, man habe es oftmals vielmehr mit „zutiefst bürgerlichen Menschen zu tun“.

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus plädierte Weil für Prävention. Junge Menschen, die Isolation, Angst und Verunsicherung erlebten, seien besonders anfällig und suchten dann u. U. Geborgenheit in rechtsextremen Gruppen. Daneben müsse es ebenso die Repression geben. Nur eine Mischung von beidem sei für ihn der richtige Ansatz. In diesem Zusammenhang forderte er ein NPD-Verbot. Dieses müsse man anpacken, sobald man sich sicher sei, einen solchen Prozess erfolgreich führen zu können. Völlig unvorstellbar sei es bislang für ihn gewesen, dass die Zwickauer Bande über Jahre hinweg in Deutschland unerkannt habe Morde begehen können. Besonders schlimm habe er zudem empfunden, dass sogar die Opfer selbst unter Verdacht geraten seien. Auch der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg und zweiter Referent des Abends, Manfred Murck, war der Meinung: „Die staatliche Verbrechensbekämpfung hat im Falle der Zwickauer Terrorzelle versagt.“ Er erachtet es als wichtig, dass auch die Zivilgesellschaft sich aktiv gegen rechtsextreme Strömungen wende. Manche Fehlentwicklung habe das Nichtvorhandensein solcher zivilgesellschaftlicher Akteure zum Hintergrund.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion berichtete Sebastian Edathy (MdB) aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Zwickauer Terrorzelle. Es handle sich um den ersten Ausschuss dieser Art, der mit Zustimmung aller Fraktionen eingerichtet worden sei. Edathy erklärte, schon jetzt stellten sich zahllose Fragen, z. B. danach, was dazu geführt habe, polizeiliche Sonderkommissionen tendenziös mit „Bosporus“ oder „Halbmond“ zu bezeichnen. Allein solche Bezeichnungen ließen Zweifel daran aufkommen, dass die polizeilichen Ermittlungen mit der nötigen Unvoreingenommenheit und Offenheit auch für die Möglichkeit eines rechtsextremen Hintergrundes geführt worden seien. ■

Quelle: Publikation Ghetto-Rentengesetz endlich nachbessern

„Vor zehn Jahren beschloss der Bundestag, NS-Opfern, die im Ghetto schuften mussten, Renten mit Wirkung ab 1997 auszuzahlen. Doch die Umsetzung des Gesetzes ist ein einziges Trauerspiel“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke.
Eine aktuelle Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zeichnet die unsägliche Geschichte des Ghetto-Rentengesetzes ZRBG nach und bestätigt, dass der einzig gangbare Weg, die Renten ab 1997 auszuzahlen, eine Gesetzesänderung darstellt. Untergesetzliche Wege funktionieren nicht. DIE LINKE hat bereits einen Antrag gestellt – doch die Regierungsparteien blockieren die überfällige Nachbesserung des ‚Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto‘ (ZRBG).

Der Bundestag hatte dieses Gesetz 2002 einstimmig beschlossen. Es sah vor, die Renten rückwirkend ab dem Jahr 1997 auszuzahlen. Das hat nicht geklappt – weil Rentenkassen und Sozialgerichte sich uneins waren, und weil das Gesetz nicht gut genug war. Die meisten Rentenanträge ehemaliger Ghetto-Arbeiter wurden zunächst abgelehnt und erst nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichtes im Jahr 2009 bewilligt. Für die Betroffenen bedeutet das, dass ihnen fast sieben Jahre Rentenzahlungen verloren gegangen sind.

DIE LINKE fordert in einem Antrag, per Gesetz den ursprünglich beschlossenen, früheren Auszahlungszeitpunkt festzulegen.

Doch der LINKEN-Antrag wird im Parlament blockiert: Die Regierungsfraktionen haben gestern im Ausschuss für Arbeit und Soziales die Beratung des Antrages abgesetzt – mit der Begründung, sie würden einen Tag später zu einem informellen, interfraktionellen Gespräch einladen. Dieses wurde dann aber ebenfalls abgesagt. Das Empörende ist weniger, dass die Regierungsfraktionen die anderen Abgeordneten verschaukeln – sondern, dass die Mängel des Ghetto-Rentengesetzes auf dem Rücken der NS-Opfer ausgetragen werden. Offenbar wird hier auf Zeit gespielt, weil man genau weiß: Jeder Tag Verzögerung bedeutet, dass weniger Berechtigte leben.

Dieses hochgradig unwürdige und zynische Spiel muss schnellstens beendet werden! Die LINKE wird ihren Antrag erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses setzen.

Die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes kann auf meiner Homepage heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Bahn unter Zugzwang

Seit einem halben Jahr steht der „Zug der Erinnerung“ still. Die Ausstellung auf Rädern, mit der an die Verantwortung der Reichsbahn bei der Deportation von Juden, Sinti und Roma sowie Zwangsarbeitern erinnert wird, hat seit 2007 über 100 Bahnhöfe angesteuert und 400000 Besucher angezogen. Aber jetzt kann der Trägerverein die Gebühren nicht mehr bezahlen, die ihm die Deutsche Bahn für die Trassennutzung berechnet. Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hat nun allerdings die Bahn unter Druck gesetzt. Der gemeinnützige Verein war der Bahn von Anfang an ein Dorn im Auge. Immer wieder wurde dem Zug der Erinnerung (ZdE) die Benutzung von Schienenwegen verweigert, Aufenthalte auf Bahnhöfen aus angeblichen Sicherheitsgründen gestrichen. Am ärgsten wirken aber die Trassenkosten: Jeder Kilometer auf DB-Anlagen kostet Geld. Von November 2007 bis Dezember 2011 hat die DB dafür 184000 Euro kassiert. Hinzu kommen sogenannte indirekte Kosten in Höhe von 55000 Euro.

Nichts ist umsonst: Schon die Deportationen im NS-Reich hatten der Bahn Geld eingebracht, nach Berechnungen des ZdE umgerechnet an die 445 Millionen Euro, mit Zinsen gar zwei Milliarden. Nun wird beim Erinnern die Hand aufgehalten. Das ist politisch nicht vermittelbar und auch rechtlich umstritten: Die Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung dient einzig der Sicherstellung des unverfälschten Wettbewerbs auf der Schiene. Der ZdE ist aber kein Wettbewerber, sondern ein Ausstellungszug.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages nennt die Praxis der Bahn, dennoch Gebühren einzufordern, „zweifelhaft“. Klar sei hingegen, dass die Bahn die Betriebskosten nicht auch noch berechnen müsse. Nur: Zwingen kann man die Bahn nicht. Die Bundesregierung hält deren Politik für rechtens, zugleich lehnt sie in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion von Ende April

Verfassungsschutz kontra VVN-BdA

Zur Vorstellung des neuen Landesverfassungsschutzberichts am 11.Mai 2012 erklärt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.:

Wer gehofft hatte, mit der neuen grün-roten Landesregierung gäbe es nun in Baden-Württemberg die Chance auf eine neue, offenere politische Kultur, sieht sich durch die Vorstellung des neuen Verfassungsschutzberichtes durch den sozialdemokratischen Innenminister Gall herb enttäuscht. Nicht mal der Schlauch ist neu, in den der alte Wein gegossen wurde.

Obwohl mit der Entdeckung der neofaschistischen Terrormorde der NSU nun auch konservativen Politikern eine Idee gekommen sein müsste, woher die Demokratie bedroht wird, wird in diesem Verfassungsschutzbericht erneut der Antifaschismus als Feindbild verortet: „Linksextremismus … Antifaschismus bleibt zentrales Aktionsfeld" lauten die Überschriften zur Einführung des Kapitels, in dem die ‚staatsfeindliche' Tätigkeit linker Organisationen wie folgt geschildert wird: „Im Mittelpunkt des linksextremistischen „Antifaschismus" standen erneut Aktionen gegen … Veranstaltungen von Rechtsextremisten."

Folgerichtig wird auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, die 1947 von den wenigen Überlebenden der KZs und Folterstätten des Hitlerregimes gegründet wurde, als „linksextremistisch beeinflusste Organisation" verdächtigt und verächtlich gemacht: Zu diesem Zweck verbreitet Verfassungsschutzbericht lediglich eine Reihe von Halbwahrheiten, Verdrehungen und Nichtigkeiten.

Der – aus nicht erklärten Gründen – in Gänsefüße gesetzte ‚Antifaschismus' der VVN-BdA stehe „auf der Basis des klassisch kommunistischen Faschismusverständnisses, das einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus herstellt", lautet der Hauptvorwurf des Verfassungsschutzes. Die VVN-BdA als Organisation hat sich indessen nie auf eine bestimmte der auch in ihren Reihen diskutierten Faschismustheorien festgelegt. Klar ist nur, dass der Begriff Faschismus in Wissenschaft und Politik ganz eindeutig jene autoritär-repressiven politischen Bewegungen und Herrschaftsformen beschreibt, die in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts in zahlreichen kapitalistisch geprägten europäischen Ländern entstanden und teilweise zur Macht gelangt sind, ein Zusammenhang mit dem Kapitalismus also historisch vorgegeben ist.

Das satzungsgemäße Bemühen der VVN-BdA ist es, in Übereinstimmung mit dem als Gegenentwurf zum gerade überwundenen faschistischen System entstanden Grundgesetz, alle Ansätze faschistischer Tendenzen zurückzuweisen. Die Zusammenarbeit aller Gegnerinnen und Gegner des Faschismus unabhängig von deren parteipolitischen Präferenzen oder weltanschaulichen Überzeugungen ist die Grundlage aller ihrer Aktivitäten.

Aus der Gründungsgeschichte der VVN-BdA erklärt sich, dass die VVN-BdA in besonderer Weise den Organisationen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Parteien, verbunden ist, die einen bedeutenden Teil des antifaschistischen Widerstandes gegen das Naziregime leisteten und zahlreiche Opfer zu erbringen hatten.

Auffällig am Verfassungsschutzbericht über die VVN-BdA ist, dass der badenwürttembergische Verfassungsschutz ganz offensichtlich nicht vorrangig die Tätigkeit der juristisch selbstständigen VVN-BdA Baden-Württemberg im Visier hat, sondern sich wesentlich ausführlicher mit dem Dachverband auf Bundesebene beschäftigt. Als Beweis für den „Linksextremismus" der VVN-BdA wird dort angeführt, dass der Bundesvorsitzende, der Theologe Heinrich Fink, sich in einem Zeitungsinterview zum Sozialismus bekannt habe.

Hintergrund für diese ausführliche Befassung mit der Bundesvereinigung ist die Tatsache, dass als Folge zumeist rot-grüner Regierungszeiten die VVN-BdA seit Jahren nicht mehr im Bundesverfassungsschutzbericht und in den Berichten der anderen Bundesländer erwähnt wird. Neben Baden-Württemberg ist dies nur noch in Bayern der Fall. Offensichtlich soll mit diesen beiden verbleibenden Berichten die Lücke geschlossen werden, die durch die fehlende geheimdienstliche Beobachtung der VVN-BdA auf Bundesebene entstanden ist. Warum sich Baden-Württemberg im Gegensatz zu den anderen Bundesländern daran ausgerechnet unter einer nun grün-roten Regierung hergibt, bleibt eine offene Frage. Noch im letzten Jahr hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel gegenüber der VVN-BdA in einem Brief bekundet, dass „… nach unserem Dafürhalten auf eine Nennung der VVN-BdA als Organisation im Verfassungsschutz verzichtet werden könnte".

Die Erkenntnisse, die der Verfassungsschutzbericht im letzten kleineren Teil des entsprechenden Kapitels über die VVN-Baden-Württemberg zusammengestellt hat, sind ebenso dürftig, wie jene über die Bundesvereinigung:

- Vertreter aus Baden-Württemberg seien bei der Antragsdebatte auf dem Bundeskongress „besonders aktiv in Erscheinung getreten."
- Die VVN-BdA Baden-Württemberg habe zu Protesten gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Heilbronn aufgerufen.
- Die Freiburger VVN-BdA habe einen Aufruf „Freiburg gegen Faschismus" unterstützt, der auch von der Partei Die Linke und der DKP sowie dem Jugendverband der MLPD mitgetragen worden sei. (Vergessen wurden in dieser Aufzählung übrigens u.v.a. der DGB und ver.di Freiburg)
- Die VVN-BdA habe sich mit TeilnehmerInnen an Protesten gegen ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr in Stuttgart solidarisiert, gegen die deshalb staatsanwaltschaftlich ermittelt wurde, und sich gegen die ‚Kriminalisierung legitimen Protestes' gewandt.



Wie aus diesen alltäglichen Beispielen für ein viel umfassenderes Eintreten der VVN-BdA gegen Faschismus und Neofaschismus, für Frieden und Demokratie eine Gefahr für die Verfassung abgeleitet werden kann, bleibt das Geheimnis des Geheimdienstes. Diese Verfassung legt im Gegenteil großen Wert auf demokratisches Engagement und garantiert als Grundrechte u.a. die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit.

Ein nachvollziehbarer Hinweis, warum die Organisation der Naziopfer und Antifaschisten VVN-BdA in diesem Bericht als verfassungsmäßig bedenklich auf dieselbe Stufe gestellt wird, wie die Gesinnungsnachfolger ihrer damaligen Peiniger, die Rassisten, Neofaschisten und Rechtsterroristen von heute, ist nicht zu finden.

Die VVN-Bund der Antifaschisten fordert Innenminister Gall und die Landesregierung auf, dem Beispiel der Mehrheit der Bundesländer zu folgen, diesem gespenstischen Treiben des Landesamtes für Verfassungsschutz ein Ende zu setzen und die Verunglimpfung antifaschistischen Engagements durch die jährliche Erwähnung der VVN-BdA im Landesverfassungsschutzbericht einzustellen.

Jochen Dürr, Landessprecher,
Dieter Lachenmayer, Geschäftsführer
der VVN-BdA Baden Württemberg e.V. ■

auch jegliche Gesetzesänderung ab, die dem ZdE die Gebührenzahlung ersparen könnte. Eine Spende an den Verein sei „nach wie vor die beste Lösung“, sagt sie.

Tatsächlich hatte die Bahn im Juni 2009 eine Spende an die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) über 175 000 Euro geleistet, von denen 150 000 Euro an das Zugprojekt durchgereicht wurden. Aber: Diese Summe war schon damals geringer als die Einnahmen, die der Bahn durch den ZdE erwachsen waren. Seither hat es überhaupt keine Spenden mehr gegeben.

Ob die Bundesregierung Druck mache, wollte die Linksfraktion wissen. Antwort: Sie stehe „in ständigem Kontakt mit der Deutschen Bahn AG“ – angesichts der Alleineigentümerschaft eine schon fast rotzige Antwort. Erörterungen in Aufsichtsratssitzungen unterlägen aber der Verschwiegenheitspflicht. Und überhaupt könne die Bundesregierung auch als Alleineigentümerin nicht in die konkrete Geschäftspolitik eingreifen.

Das Medienecho auf die Kleine Anfrage hat die Bahn aber unter Zwang gesetzt. Diese will nicht im Ruf stehen, das Gedenken zu verhindern.

Einen Tag nach Veröffentlichung der Regierungsantwort kündigte ein Unternehmenssprecher an, die Bahn werde alle Einnahmen durch den ZdE an die Stiftung EVZ spenden. Weit besser wäre es aus Sicht des Vereins, wenn die Bahn einfach mit eigenen Lokomotiven, den Transport des Ausstellungszuges übernehmen würde. Damit wäre jegliche Diskussion über Trassenkosten, Erstattungspflichten und Rückspenden überflüssig. Vor allem hätte der ZdE Planungssicherheit. Doch so weit geht das Interesse der Bahn an der Erinnerungsarbeit nicht: Auf entsprechende Anfragen hat sie bereits ablehnend reagiert.

Ulla Jelpke
Zuerst erschienen in jW, 2.5. 2012

„Zug der Erinnerung“ kommt in die Südpfalz

In mehreren Städten der Südpfalz sollen im kommenden Herbst die jugendlichen Deportationsopfer des NS-Regimes besonders geehrt werden. Dazu haben Bürgerinitiativen, Schulen, Kommunen und die Mainzer Landesregierung den „Zug der Erinnerung“ eingeladen. Feste Termine oder Optionen für den Zugaufenthalt mit seinen Ausstellungswaggons gibt es bereits in Germersheim, Haßloch, Landau, Pirmasens und Schifferstadt.

Anlass der Einladungen ist das Datum der Wiederkehr der Massenverschleppungen von über 6000 Menschen aus der Saar, der Pfalz und Baden im Oktober 1940. Diese Gebiete sollten als erste „judenfrei“ gemacht werden. Auf dem Umweg über Südfrankreich und Paris transportierte die „Reichsbahn“ die Gefangenen später „in den Osten“. Dort erwartete auch unzählige Kinder und Jugendliche der Tod.

„Aber nicht nur dieses Datum lässt die Fahrt bedeutend werden“, heißt es in einer Pressemitteilung des Vereins. „Die Mordserie des NS-Untergrunds und der Anstieg rassistischer Gewalttaten verdienen eine klare Antwort. Sie muss im öffentlichen Raum, auf der Straße oder auf den Bahnhöfen gegeben werden. Vor der Wiederkehr von Antisemitismus und vor nationalem Größenwahn dürfen wir uns nicht hinter die Gardinen flüchten.“

Die Bürgerinitiativen und Kommunen der Südpfalz, vor allem aber das Mainzer Bildungsministerium, haben einen hohen Teil der Fahrtkosten übernommen, da sich sowohl die DB AG als auch das Berliner Verkehrsministerium im fünften Jahr weigern, den Zug kostenlos über das staatliche Schienennetz fahren zu lassen.

www.zug-der-erinnerung.eu



Im Oktober 1940 startete die „Bürckel-Wagner-Aktion“: Die Saar, die Pfalz und Baden sollten „judenfrei“ gemacht werden. Über 6000 Menschen wurden auf die Bahnhöfe getrieben (hier in Ludwigshafen) und mit der „Reichsbahn“ verschleppt. Nach dem Bau der Vernichtungslager im besetzten Polen wurden die aus Deutschland Deportierten auf eine weitere Reise geschickt. Für die Mehrzahl der Menschen, darunter wenigstens 1000 Kinder, war es eine Fahrt ohne Wiederkehr. Für die Beihilfe zum Massenmord stellte sich die „Deutsche Reichsbahn“ zu Verfügung. Das Nachfolgeunternehmen (Deutsche Bahn AG) lässt sich das Gedenken an die NS-Opfer mit „Trassen- und Stationsgebühren“ bezahlen.

Nazis planen widerliche Provokationen am 2. Juni in Hamburg



Vor über dreißig Jahren provozierten die Neonazis Christian Worch und der verstorbene Michael Kühnen mit Eselsmasken und Schildern „Ich Esel glaube noch, dass in Auschwitz Juden vergast wurden“ in Hamburgs Straßen. Beim Naziaufmarsch am 2. Juni wollen Worch und Co. nun mit Bärenkostümen auf ähnlich widerliche Weise provozieren. Dies belegen Aussagen aus Nazikreisen, die dem „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ vorliegen.

Holocaust-Leugnung ist inzwischen verboten, um die Öffentlichkeit zu provozieren, wollen die Nazis deshalb auf eine andere in ihren Kreisen beliebte Propagandaaktion zurück greifen.

Seit Monaten gibt es auf neonazistischen Internetseiten widerliche Videos mit Teddybären. Der Trick: Ein Nazi im Teddykostüm winkt freundlich ahnungslosen, migrantisch aussehenden Menschen zu und beide werden heimlich gefilmt. Entsprechen geschnitten und mit der üblichen rassistischen Propaganda unterlegt wird daraus ein „Abschiebär“, welcher vertriebenen Menschen zum Abschied hinterher winkt.

Für den geplanten Aufmarsch haben die Nazis Bärenkostüme mit der Aufschrift „Abschiebär“ und eine weitere Provokation bei der Versammlungsbehörde angemeldet: Bei dem Aufmarsch wollen sie mehrere hundert bunte Gasballons steigen lassen. Neonazi Thomas Wulff erklärte dazu, dass Braun zwar auch eine Farbe sei, seine Kameraden aber bunte Ballons bevorzugten. Wohl eine bewusste Anspielung auf die gleichzeitig auf dem Rathausmarkt stattfindende Kundgebung von Senat und Bürgerschaft „Hamburg bekennt Farbe – für Demokratie, Toleranz und Vielfalt“.

Die Blockupy-Abschlussdemonstration am 17. Mai war die größte Demonstration seit vielen, vielen Jahren in Frankfurt. Über 30 000 Menschen hatten sich dem Protestzug bis zur Abschlusskundgebung in der Nähe der EZB angeschlossen.

Die für das Totalverbot der vergangenen Tage verantwortlichen Katharina Iskandar (FAZ), Boris Rhein (hessischer Innenminister), Markus Frank (Ordnungsdezernent Frankfurt) und Petra Roth (scheidende OB Frankfurt) sind blamiert: Ihre Hetze und repressive Politik sind nicht aufgegangen. Zehntausende haben sich widersetzt und sind gegen das Spardiktat der Troika (EZB, EU, IWF) auf die Straßen und Plätze Frankfurts gekommen.

Respekt für den schwarzen Block, der sich trotz permanenten massiven Polizeiübergriffen nicht provozieren ließ, überlegt, überlegen und kämpferisch auftrat.

Schön zu sehen waren auch die unzähligen Passanten und Schaulustigen am Rand der Demonstration, die aus ihrer Verachtung gegenüber der Belagerung der Stadt durch die Polizeikräfte keinen Hehl machten :-).



Quelle: FotoArchivKollektiv

Wir sind Blockupy.
Wir sind viele.
Das war erst der Anfang.
Wir kommen wieder.

Vorbestrafte Strippenzieher

Schon vor einem Jahr meldete das Vorstandsmitglied der Hamburger NPD, Thorsten Schuster, einen Naziaufmarsch durch die Innenstadt unter seiner Leitung bei der Versammlungsbehörde an. Bereits 2010 wurde Schuster wegen des Verdachts der Volksverhetzung der Polizei bekannt. Am 7. März 2012 leitet das LKA außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Schuster ein, weil er auf seiner Homepage einen entsprechenden Artikel veröffentlichte. Der Vorbereitungskreis der Nazis hat die Leitung des Aufmarsches nun auf den Hamburger NPD-Vize Thomas Wulff übertragen, wohl aus Angst ein Versammlungsleiter mit anhängigem Verfahren könnte von der Behörde abgelehnt werden. Wichtiger scheint jedoch, dass Wulff im Gegensatz zu Schuster eine jahrzehntelange Erfahrung mit der Durchführung von Aufmärschen hat und sich auch durch Polizei, Behörden und Gerichte nicht Einschüchtern lässt. Dafür riskiert er sogar Vorstrafen. So wurde Wulff wegen Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen 2010 vor dem Amtsgericht Passau rechtskräftig verurteilt. Er hatte bei einer Beerdigung 2008 eine Hakenkreuzflagge gezeigt. In Hamburg fiel Wulff zuletzt auf, als er im Wahlkampf im Januar 2011 einen Ladeninhaber, der gegen NPD-Plakate protestierte, mit einem Beil bedroht, ihn angespuckt und in den Bauch getreten haben soll. Ein Gerichtsurteil in dieser Sache liegt noch nicht vor.

Der juristische Strippenzieher hinter dem Naziaufmarsch ist jedoch der ehemalige Hamburger Neonazi Christian Worch. Aus Parchim in MVP schickt der ehemalige Rechtsanwaltsgehilfe lange Schriftsätze an seine Hamburger Kameraden, um den Aufmarsch juristisch durchzusetzen. Auch beim Gespräch mit der Versammlungsbehörde war Worch neben Schuster und Wulff dabei. Worch ist ebenfalls wegen diverser Straftaten verurteilt worden und saß längere Zeit in Haft.

Wie es aussieht, hat die Versammlungsbehörde aber trotzdem Anmelder, Aufmarsch-Leiter und juristischen Beistand der Nazis akzeptiert und auch die widerlichen, volksverhetzenden Bärenkostüme für den Aufmarsch am 2. Juni zugelassen. Dabei hatte die Behörde 2009 z.B. den verstorbenen NPD-Chef Jürgen Rieger als Versammlungsleiter wegen bestehender Verurteilungen abgelehnt. Nur über Ort und Länge des Aufmarsches gibt es noch Auseinandersetzungen.

Egal wo die Nazis marschieren – wir sind schon da!

Dass die Neonazis die symbolträchtige Innenstadt als Aufmarschgebiet bekommen glauben sie wahrscheinlich selber nicht mehr. Deshalb meldeten sie bekanntermaßen inzwischen eine Ersatzroute durch Altona an. Ebenfalls eine besondere Provokation, denn Altona ist nicht nur als multikulturell geprägter Stadtteil bekannt, sondern hier wurde auch der türkische Gemüsehändler Süleyman Tasköprü 2001 durch die Neonazis des NSU-Netzwerkes ermordet.

Von der Versammlungsbehörde wurde wohl bisher nur eine zeitlich stark verkürzte, stationäre Kundgebung in Wandsbek an der Kreuzung Pappelallee/Hammer Straße angeboten, welche die Nazis um Worch, Wulff, Schuster und den Hamburger NPD-Chef Jan-Steffen Holthusen allerdings ablehnen. Sie wollen für ihre erwarteten 700 Kameraden, wenn schon nicht die City, so wenigstens Altona durchsetzen und nötigenfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Sollten sie auch hier scheitern, dann wollen sie mindestens einen Aufmarsch von vier Kilometern erstreiten, wahlweise in Wandsbek oder Bergedorf, wie es heißt. Als weitere mögliche Option wird der Stadtteil Harburg gehandelt, mit Start am Harburger Bahnhof, Zwischenkundgebung Bremer Straße/Hohe Straße und zurück zum Bahnhof.

Das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ wird nicht in erster Linie auf die Gerichte oder Behörden vertrauen, sondern wie bisher auf die eigenen, antifaschistischen Kräfte. Deshalb rufen wir weiterhin zusammen mit 200 unterzeichnenden Initiativen, Organisationen, Parteien und Gewerkschaften dazu auf, nicht nur an unserer Demonstration am 2. Juni durch die Innenstadt teilzunehmen, sondern die Nazis dort zu blockieren, wo sie marschieren wollen. Egal ob nun in Altona, Wandsbek, Bergedorf oder Harburg, in Hamburg darf kein Platz für rassistische Propaganda sein. Aktuelle Informationen über den geplanten Naziaufmarsch und Gegenproteste werden wir weiterhin auf unserer Homepage www.keine-stimme-den-nazis.org veröffentlichen.

PM Hamburger Bündnis gegen Rechts, 19. Mai 2012

Aktualisierung:

Verwaltungsgericht Hamburg erlaubt Nazi-Aufmarsch in Wandsbek – Nazidemo in der Innenstadt oder Altona verboten

Das Verwaltungsgericht Hamburg hat am 23.05. in einem Eilverfahren (3 E 1217/12) entschieden, dass die Nazis folgende Route abhalten dürfen:

Kreuzung Pappelallee / Hammer Straße / Bärenallee (Anfangskundgebung) – Hammer Straße – Brauhausstraße – Eilbeker Weg – Wagnerstraße – Eilenau – Eilbektal – Friedrichsberger Straße – Eilbeker Weg – Brauhausstraße – Hammer Straße – Kreuzung Pappelallee / Hammer Straße / Bärenallee (Abschlusskundgebung)

Die angemeldeten Routen in der Innenstadt und Altona wurden nicht genehmigt.

Da die Naziroute laut NDR von der Behörde ausgearbeitet wurde, ist dies als Zugeständnis zu werten. Es ist eher nicht davon auszugehen, dass die Behörde gegen das Urteil Rechtsmittel einlegen wird. ■

Neue Bündnistechtelmechtel?

Frankreich: Rechte und extreme Rechte vor den Parlamentswahlen

Dem Front National (FN) werden derzeit, je nach Umfrage, zwischen 15 % und 18 % der Stimmen für die französischen Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni dieses Jahres vorausgesagt. Gleichzeitig bricht bei den Konservativen und Wirtschaftsliberalen der bürgerlichen Rechten die Bündnisdiskussion gegenüber der extremen Rechten neu auf. Auch innerhalb des FN gibt es politisch-ideologische Konflikte

Noch nie wurde den französischen Rechtsextremen so stark und so eindeutig von anderer – insbesondere konservativer – Seite signalisiert, dass ihre politische Existenz legitim und ein Bestandteil der Normalität sei. Dies hängt nicht nur mit ihren hohen Wahlergebnissen zusammen, ihre Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen erhielt Ende April d.J. 18 Prozent der Stimmen, sondern auch mit der Strategie von Teilen des konservativ-wirtschaftsliberalen Blocks. Zum ersten Mal, jedenfalls in dieser Deutlichkeit, bezeichnet die bis vor kurzem regierende UMP den rechtsextremen Front National als im selben politischen Lager verankert.

Unter Altpräsident Jacques Chirac hatte die bürgerliche Rechte überwiegend eine klare Linie der Abgrenzung zur extremen Rechten gezogen. Chiracs damaliger Premierminister Alain Juppé bezeichnete den FN 1996 als „rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Partei“, die sich außerhalb der Demokratie stelle.

Einen ganz anderen Tonfall schlug Nicolas Sarkozy in den letzten Wochen an. Er erklärte ausdrücklich, sich an die Wählerinnen und Wähler des FN zu wenden. Im selben Zeitraum erklärte Sarkozy etwa auch: „Wenn die Demokratie Marine Le Pen das Recht gibt, zur Wahl anzutreten, dann ist Marine Le Pen mit der Demokratie vereinbar.“ Nur zur Erinnerung: Der Front National benutzt als Parteisymbol zur Selbstdarstellung nach wie vor die Flamme in den drei Nationalfarben blau, weiß und rot. Die rechtsextreme Partei hatte dieses Abzeichen bei ihrer Gründung im Oktober 1972 von den italienischen Neofaschisten des MSI übernommen. Bei ihnen symbolisierte die Flamme in der Nachkriegszeit die Seele Benito Mussolinis, die aus dem Sarg empor in den Himmel fährt. Italiens ex-faschistische Rechte, die in ihrer Mehrheit vom Neo- zum „Postfaschismus“ übergewechselt ist – und bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen eher Nicolas Sarkozy als Marine Le Pen unterstützte -, benutzt dieses Zeichen heute nicht mehr. Abgesehen von kleineren Splittergruppen, die sich vom Mainstream unter Gianfranco Fini abgespalten haben. Der FN hingegen blieb seinem Zeichen treu. Auch wenn die französische Partei zu den Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni 12 nicht unter ihrem eigenen Namen antritt, sondern als Rassemblement bleu marine (Marineblaue Sammlung), um ihren Willen zur politischen „Öffnung“ und Erneuerung zu unterstreichen.

„Tabubrüche“ nach Rechts

Einige frühere Tabus auf der konservativen Rechten sind inzwischen gefallen. Dennoch möchten weder die UMP noch der FN sich heute mehrheitlich miteinander zu einer Regierungskoalition verbünden. Dies wäre aus Sicht der Konservativen ein zu hohes politisches Risiko, während umgekehrt die extreme Rechte eine Strategie verfolgt, die darauf hinausläuft, die eigene Partei zur stärksten Kraft auf der politischen Rechten aufzubauen. Dazu fehlt es noch an einigem. Nimmt man die Ergebnisse des ersten Wahlgangs der jüngsten Präsidentschaftswahl als Maßstab, dann setzte sich die Wählerschaft deutlich rechts von der Mitte zu zwei Fünfteln aus den Anhängern Marine Le Pens (18 Prozent = zwei mal neun) zusammen und zu drei Dritteln aus denen Nicolas Sarkozys (27 Prozent = drei mal neun).

Aus der Sicht des FN entstehen Bündnisperspektiven dann, wenn sich das Verhältnis umgekehrt oder zumindest ausgeglichen haben wird – worauf er jedenfalls inständig hofft. Deswegen strebte der harte Kern der Partei bei den letzten Präsidentschaftswahlen auch nach einer Niederlage Sarkozys, um auf eine Implosion der bisherigen Präsidentenpartei UMP zu hoffen. Nicht alle in der Partei, und noch weniger in ihrer Wählerschaft, teilten allerdings diese taktisch motivierte Ausrichtung. 51 Prozent der FN-Wähler votierten in der Stichwahl für Sarkozy, 15 Prozent für den Sozialdemokraten François Hollande. Der Rest stimmte ungültig wie Marine Le Pen selbst oder ging nicht zur Wahl.

Rechtsextreme Presse gespalten

Innerparteilich plädierten vor allem die Anhänger des katholisch-fundamentalistischen und nationalchristlichen Flügels für eine Wahl Sarkozys. Denn vom Sozialdemokraten Hollande befürchteten sie einen beschleunigten „Sittenverfall“ durch Einführung der Homosexuellenehe. Der frühere FN-Vizepräsident und innerparteiliche Gegner Marine Le Pens, Bruno Gollnisch, teilte diese Position.

Auch die mehr oder minder parteinahe rechtsextreme Presse war gespalten. Die älteste, 1961 im Algerienkrieg gegründete, rechtsextreme Wochenzeitung Minute trat für einen Sieg Sarkozys ein. Vier Tage vor der Stichwahl publizierte sie ein Interview mit dessen Verteidigungsminister Gérard Longuet, der offen für ein Bündnis aus Konservativen und Rechtsextremen warb. Longuet hatte 1973 selbst das erste Wirtschaftsprogramm des damals noch jungen FN verfasst, bevor er ins bürgerliche Lager wechselte. Dagegen trat die altfaschistische und antisemitische Wochenzeitung Rivarol eher für eine Wahlenthaltung oder Ungültigstimmen ein, wie etwa ihr Autor Alain Renault: Sarkozy sei „ein Jude, der notfalls auch einen Tag lang das Braunhemd überstreift, wenn es ihm im Wahlkampf nutzt“. Davon dürfe man sich nicht täuschen lassen. Einzelne Stimmen tendierten eher zu einer Wahl Sarkozys. Dagegen trat Philippe Ploncard d’Assac für eine taktisch motivierte Wahl François Hollandes ein, weil eine klare innenpolitische Feinderklärung besser sei als „falsche Freunde an der Macht, die einen einschläfern“.

Augenblicklich wirbt der FN beim Publikum auch stark mit Parolen für sich, die einige Auswirkungen wirtschaftsliberaler Politik und vor allem der Globalisierung anprangern und insbesondere protektionistische Maßnahmen einfordern. Dies kann die UMP unmöglich mittragen, die stark für wirtschaftsliberale Reformen und Marktöffnung eintritt, auch wenn seit März 12 zusätzlich einige moderat protektionistische Töne in ihren Wahlkampf eingestreut wurden. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet klafft der Diskurs beider Parteien also stark auseinander. Während die UMP sich auf dem Feld der Einwanderungspolitik in den letzten Wochen stärker an den FN annäherte – und einen Großteil ihres Wahlkampfs in der Schlussphase darauf verwandte, François Hollande Absicht zur Einführung des Ausländerwahlrechts auf kommunaler Ebene anzuprangern. Dieses wurde von Politikern der damaligen Regierung in apokalyptischen Darstellungen als Mittel zur Erpressung Frankreichs durch einen aggressiven Islam dargestellt.

Vor diesem Hintergrund proben beide Parteien derzeit die „Einheit an der Basis“ statt „die Einheit an der Spitze“, wie man in früheren Jahreszehnten zwischen Sozialistischer und Kommunistischer Partei zu sagen pflegte. Das bedeutet: UMP respektive FN erkennen an, dass sie im selben gesellschaftlichen Lager stehen – aber versuchen beide, die Anhänger der je anderen Partei zu sich herüberzuziehen. Dazu benötigen sie aber eindeutige Botschaften zumindest in einigen Politikbereichen. Auch wird sei-

tens des FN versucht, Mandatsträger, Parlamentskandidaten und Abgeordnete – zumindest unter den Hinterbänklern – abzuwerben. Bei den kommenden Parlamentswahlen Mitte Juni wird sich die entscheidende Frage stellen, ob und wie viele konservative Kandidaten dazu bereit sein werden, erklärte oder auch unerklärte Bündnisse einzugehen, um ihren „bedrohten" Sitz zu retten.

Der Front National kann nach geltendem Recht zwischen dem ersten Durchgang und den Stichwahlen seine Kandidaten überall dort aufrecht erhalten, wo diese in der ersten Runde durch mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurden. Dies könnte die Konservativen in den Stichwahlen mehrere Dutzend Mandate kosten. Seitens des FN erklärte die Parteiführung bereits, im Prinzip überall seine Kandidaten im Rennen beibehalten zu wollen – es sei denn, dass interessante Kandidaten oder substanzielle Zugeständnisse dafür sorgen, dass sie es sich anders überlegt.

Laboratorium Südostfrankreich

Vor allem im Raum Marseille und in Südostfrankreich deutet es sich an, dass das konservative Lager sehr massiv zu, offenen oder inoffiziellen, Absprachen neigen wird. „Die Werte, die Marine Le Pen hat – ich habe sie schon immer vertreten": Dies erklärte soeben die Bürgermeisterin von Aix-en-Provence, Maryse Joissains-Masini. Darauf antwortete Marine Le Pen prompt: „Ich glaube, dass Madame Joissains es ehrlich meint." Manche Beobachter äußern zwar in jüngster Zeit ernsthafte Zweifel am Geisteszustand der UMP-Politikerin, die letzte Woche vor das französische Verfassungsgericht zog um die Wahl von Präsident Hollande für „ungültig" erklären zu lassen: François Hollande sei „eine Gefahr für Frankreich", zudem körperlich unansehnlich, und außerdem habe Nicolas Sarkozy nur aufgrund „illegaler Propaganda" verloren, weil nämlich die Zeitungen immer so negativ über ihn berichtet hätten. Aber diese französische Ausgabe einer Tea Party-Fanatikerin steht nicht allein bei der UMP in Südostfrankreich. So erklärte die Marseiller Parlamentsabgeordnete Valérie Boyer, es gebe „keinerlei Grund, sich die Nase zuzuhalten", man müsse vielmehr mit allen reden. Und eben, vor allem, auch rechts. Im fernen Paris verkündet dagegen Parteichef Jean-François Copé bislang, Absprachen mit dem FN seien ein klarer „Verstoß gegen die Parteilinie".

Ein koalitionsähnliches Bündnis beider Parteien dagegen würde derzeit nicht auf die Zustimmung einer Mehrheit in der Wählerschaft der UMP – eher schon in jener des FN – stoßen. Auch wenn die Umfrageergebnisse in dieser Frage widersprüchlich sind: Unmittelbar nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl erschien das Ergebnis einer Befragung, welcher zufolge 64 Prozent der UMP-Wähler eine Koalition mit dem Front National wünschten. Inzwischen erschien allerdings eine andere Umfrage, bei der heraus kam, dass 51 Prozent der UMP-Anhänger gegen eine solche Koalition seien, und 46 Prozent dafür. Es hängt vielleicht auch stark davon ab, wie man die Frage genau formuliert.

Rechte Kampagnen

Unterdessen stoßen beide Parteien derzeit lautstark in dasselbe Horn, wenn es um bestimmte Attacken gegen das sozialdemokratisch geführte, neue Regierungslager geht. Dies fing schon am Tag nach dem Wahlsieg François Hollandes (vom 06. Mai 12) an, als Ex-Ministerin Nadine Morano, der FN und der ebenfalls rechtsextreme Bloc identitaire gleichförmig gegen die Freudenfeier auf dem Bastille-Platz vom Wahlabend wetterten. Dort hatten eine Reihe von Franzosen mit Migrationshintergrund und Doppelstaatsbürger/inne/n, als Zeichen ihres Stolzes, neben französischen Fahnen auch Flaggen ihrer Herkunftsländer gezeigt – ob Spanien oder Marokko, Algerien und Senegal. François Hollande, der um 1 Uhr früh in der Wahlnacht auf dem Platz sprach, sei dort „in einem Meer von roten und ausländischen Fahnen" aufgetreten, behaupteten rechte und rechtsextreme AgitatorInnen in nahezu gleich lautenden Tönen.

Unisono konzentrierten beide politischen Kräfte zunächst auch ihre Attacken auf die neue Justizministerin, die aus Französisch-Guyana stammende schwarze Politikerin Christiane Taubira. UMP-Parteichef Jean-François Copé versuchte es mit dem Wahlwerbe-Argument, wer rechtsextrem wähle, irre sich (taktisch), denn: „Wer FN stimmt, der bekommt die Linke – und Taubira noch dazu." Dass besonders Taubira als Ziel spezifischer Attacken besonders herausgehoben wurde, hing sowohl mit ihrer Herkunft zusammen (und der Tatsache, dass sie 2001 ein Gesetz zur Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit hatte durchbringen können) als auch mit ihren ersten Beschlüssen. Besonders ihre Entscheidung, die in den letzten Jahren quasi-automatisch gewordene Anwendung von Erwachsenenstrafrecht für 16- bis 18Jährige zugunsten des Jugendstrafrechts wieder abzuschaffen, wurde und wird heftig angegriffen. Der Teilen der Ex-Regierungsrechten nahe stehende TV-Journalist Eric Zemmour verstieg sich auf RTL zu der Behauptung, Taubira interessiere sich für Opfer nur, wenn sie „Frauen oder (dunkelhäutige) Jugendliche" seien. Kriminalität halte sie jedoch für verzeihbar, wenn „weiße Männer ihre Opfer" seien. Im Anschluss löste dies einen Proteststurm aus, doch am vergangenen (Pfingst-) Wochenende stellte Marine Le Pen sich zugleich demonstrativ hinter Eric Zemmour. Auf Seiten der UMP bemühte ihr Pariser Abgeordneter Bernard Debré sich um Entschärfung und politische Schadensbegrenzung. Er versuchte, im Interview mit Le Monde klarzustellen: „Ich würde nie Christiane Taubira als Person angreifen, die UMP attackiert nur ihre Entscheidungen." Ob die Präzisierung für alle gilt, die sich in den letzten 14 Tagen – massiv auch im Internet – über die neue Ministerin geifernd ereiferten?

Aus Toulouse wird unterdessen vermeldet, dass örtlich Aktivisten aus der Ex-Regierungspartei UMP, dem rechten Studierendenverband UNI sowie dem neofaschistischen Bloc identitaire zusammen in einem Kollektiv gegen Pläne für das Ausländerwahlrecht aktiv wurde. Offiziell hat das neue Regierungslager vor, ein bedingtes Wahlrecht für Einwanderer auf kommunaler Ebene einzuführen. Was genau daraus wird, bleibt im Augenblick noch abzuwarten – ist jedoch bereits Gegenstand erbitterter Hasskampagnen.

Sympathien für Siedlerpack…

Auch beim FN gibt es Konflikte, insbesondere in Form von Spannungen bezüglich der internationalen Ausrichtung. Die Weltpolitik, optimale Projektionsfläche für ideologische Bedürfnisse (ohne unmittelbare gesellschaftliche Realitätsbindung), war schon immer eine Spielwiese für die Profilierungsversuche rechtsextremer Ideologen. Darüber hinaus spielt aber auch eine wichtige Rolle, dass das Verhältnis etwa zum israelisch-arabischen Konflikt historische und ideologische Bruchlinien berührt. Beispielsweise war im europäisch-kontinentalen Frankreich der Diskurs der extremen Rechten über „die Juden" historisch von Antisemitismus und Verschwörungsdenken geprägt. Dagegen waren im französische kolonisierten Nordafrika die dortigen Juden eine Bevölkerungsgruppe, die durch die Kolonialmacht stets privilegiert behandelt und (neben den Christen) mit Vorrechten ausgestattet wurde, da die Kolonisatoren sie als Verbündete gegen die arabisch-berberische, muslimische „Masse" der Bewohner/innen betrachteten. Da frühere französische Kolonialsiedler aus Algerien einen beträchtlichen Teil des harten Kerns der FN-Wählerschaft ausmachen, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen. In deren Optik jedoch sind, neben den Christen, die Juden der zweite Pfeiler einer kolonial geprägten Herrengesellschaft. Dies führt mitunter zu ideologischen Ausrichtungskämpfen.

Deswegen wurde Mitte Mai d.J. der Parlamentskandidat Michel Thooris – dessen familiärer Hintergrund, genau wie jener des FN-Vizepräsidenten und Lebensgefährten von Marine Le Pen, Louis Aliot, auf ein kolonialfranzösisch-jüdisches Milieu in Tlemcen (Westalgerien) zurückgeht – quasi strafversetzt. Der frühere

DIE LINKE: „Politik ist verantwortungslos und unmenschlich"

HANNOVER. Das Land Niedersachsen hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres fast 200 Personen abgeschoben. Die meisten Abschiebungen erfolgten nach Serbien (47), ins Kosovo (23), nach Albanien (15) und in die Türkei (15). Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Danach mussten mehr Menschen ausreisen als im ersten Quartal 2011, in dem es 179 Abschiebungen gab. „Die Abschiebepolitik der Landesregierung ist verantwortungslos und unmenschlich", kritisierte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Sie geht davon aus, dass vor allem Roma in die Balkanstaaten ausreisen mussten. „Es ist höchste Zeit, dass es in der niedersächsischen Flüchtlingspolitik einen Paradigmenwechsel gibt, vor allem für Roma braucht es einen sofortigen Abschiebestopp", forderte Zimmermann.

Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag ■

Petitionsausschuss lehnt Bewegungsfreiheit für Asylsuchende ab

Heute (23.05.) hat die Regierungskoalition im Petitionsausschuss die Abschaffung der „Residenzpflicht" abgelehnt. Über 11 000 Mitzeichnende hatten gefordert, die entsprechenden Paragrafen im Asylverfahrensgesetz abzuschaffen. Dazu erklärt Ingrid Remmers, Obfrau im Petitionsausschuss:

„Die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen und Geduldete gehört sofort abgeschafft. Das Verbot, ohne vorherige Erlaubnis der Behörden den Landkreis, den Regierungsbezirk oder das Bundesland zu verlassen, geht an der Lebensrealität vorbei und schränkt das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit unzulässig ein."

Nach heutiger Rechtslage können AsylbewerberInnen und Geduldete mit Geld- oder Haftstrafen belegt werden, wenn sie bei Kontrollen keine Erlaubnis zum Verlassen ihres Landkreises vorweisen können. In einigen Bundesländern muss diese Erlaubnis sogar bezahlt werden.

„Auf Initiative der Linken haben unter anderem NRW, Berlin und Brandenburg die Residenzpflicht wesentlich gelockert. Die diskriminierenden Paragrafen müssen aber auf Bundesebene abgeschafft werden, damit konservative Hardliner in den Ländern die Fortschritte nicht wieder rückgängig machen können. Diese Chance haben CDU und FDP heute im Petitionsausschuss leider verpasst", so Ingrid Remmers weiter.

Ingrid Remmers (MdB) ist Sprecherin der Landesgruppe NRW der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Obfrau im Petitionsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Quelle: DIE LINKE im Bundestag – 23.05.2012 ■

Rechtsextremismus in Bayern: Lesenswerte Broschüre des bayerischen DGB

„Rechtsextremismus in Bayern – Befunde, Argumente, Gegenstrategien" ist der Titel einer Broschüre, die vom DGB-Bezirk Bayern herausgegeben wurde.

Die Broschüre beginnt mit einer äußerst kenntnisreichen Übersicht über die rechtsextreme Szene in Bayern. Diese be-

---

hohe Polizeifunktionär und ehemalige Chef einer ultrarechten Polizeigewerkschaft war bislang Kandidat für die Auslandsfranzosen in dem Wahlkreis, der Israel, die Türkei und Italien umfasst. Dort hängte er sich jedoch gar zu weit aus dem Fenster. So hatte er nicht nur unumwunden erklärt, dass Marine Le Pen eine gute Kandidatin sei, weil sie „gegen den Islam und gegen die Kriminalität" kämpfe, sondern auch ohne Abstriche seine Unterstützung für die Siedlerbewegung im besetzten Westjordanland geäußert. Beim Front National, wo nach wie vor Freunde der militante israelischen Rechten mit Bewahren der antisemitischen Ideologietradition koexistieren, brachte dies ein unausgesprochenes Gleichgewicht ins Schwanken. Thooris wird nunmehr in Sarcelles in der Nähe von Paris für das französische Parlament kandidieren.

…oder für das iranische Folterregime?

Umgekehrt ist der „Nationalrevolutionär" bzw., laut früherer Eigenbezeichnung, „Nationalbolschewist" Christian Bouchet im westfranzösischen Nantes als FN-Kandidat nominiert worden. Er wurde im Wahlkreis des langjährigen Bürgermeisters von Nantes und nunmehr seit dem 15. Mai amtierenden Premierministers Jean-Marc Ayrault aufgestellt, wird also direkt mit dem Regierungschef konfrontiert werden.

Bouchet ist vielfach als Sympathisant der iranischen Folterdiktatur und des syrischen Regimes, das derzeit eifrig seine ‚eigene' Bevölkerung massakriert, ins Gerede gekommen. Beide sieht er in positivem Lichte als unabhängige Regierungen, die die „Neue Weltordnung" und die US-Weltherrschaft herausforderten. Diese Position ist angesichts der internationalen Neuausrichtung des FN – den Marine Le Pen insbesondere an die israelische Rechte anzunähern versucht, u.a. um Antisemitismusvorwürfe dadurch auf längere Dauer vom Tisch zu bekommen – überaus heikel.

Im März 2011 hatte die neue FN-Chefin gegenüber einem israelischen Radiosender erklärt, er sei „nicht (ihr) Mitarbeiter", und die Behauptung hinzugefügt, ihn kaum zu kennen: „Ich bin ihm vielleicht zwei mal in meinem Leben bei einer Pressekonferenz begegnet." Im Juni 2011 war er daraufhin als Vize-Bezirkssekretär des FN abgesetzt worden. Ganz abgesägt ist er aber offenkundig doch nicht, denn nunmehr kandidiert er am selben Ort zur französischen Parlamentswahl1.

Die Gegend um Nantes und Westfrankreich generell zählten bislang allerdings noch nie zu den Stärkezonen des FN, sondern – u.a. aufgrund einer im Durchschnitt eher ländlichen und „politisch moderaten" Struktur, wo die christlich geprägten bürgerliche Rechte stark den Ton angibt und der extreme Rechten kaum Spielraum lässt – immer zu seinen „Missionierungsgebieten". Auch aus diesem Grund fällt es Christian Bouchet und seiner Umgebung leicht, den eher schwachen Kreisverband im Raum Nantes (Bezirk Loire-Atlantique) zu dominieren.

Alte Rivalitäten brechen auf

Spannungen traten auch zwischen früheren Parteigängern Bruno Mégrets, der sich Ende 1998 mit einer eigenen – auf Dauer erfolglosen – Partei vom FN abgespalten hatte, und langjährigen Getreuen Jean-Marie und Marine Le Pens auf. Nicolas Bay, der von 1998 bis 2009 Spitzenfunktionär der Mégret-Partei gewesen und erst dann zum FN zurückgekehrt war, wurde jüngst im Parteivorstand angegiftet: Das „schreiende" Fehlen von qualifizierten Kadern, das er kritisiert hatte, sei nur auf den Verrat der Mégret-Anhänger zurückzuführen. Er konterte: „Seit 14 Jahren haben die FN-Leute also nichts auf die Reihe bekommen!" Diese Szene verspricht weitere anregende Streitgespräche in naher Zukunft.

Fortsetzung folgt in der kommenden Ausgabe. U.a. zu den ersten Ansätzen für die Einwanderungspolitik der neuen, sozialdemokratisch geführten Regierung. Auch werden wir unsere Leser/innen darüber informiert, was aus der „Kampfkandidatur" des Ex-Präsidentschaftskandidaten des französischen Linksbündnisses ‚Front de gauche', Jean-Luc Mélenchon, gegen Marine Le Pen wird. Er tritt nun im Wahlkreis der FN-Chefin, Hénin-Beaumont, gegen dieselbe an und macht aus dieser „Kampfkandidatur" einen Gradmesser für eventuelle Möglichkeiten zur Zurückdrängung der extremen Rechten…

1 Vgl. http://www.rue89.com/rue89-politique/2012/05/21/christian-bouchet-candidat-fn-contre-ayrault-et-sa-legende-noire-230774

müht sich einerseits um eine Art bürgerliches Auftreten und tritt andererseits mit einer militanten Radikalität auf. Das gilt gleichermaßen für die NPD wie für die „Kameradschaften“, die inzwischen zusammengeschlossen im „Freien Netz Süd“ die einflussreichste neonazistische Organisation darstellen. Beide versuchen über die Form von Bürgerinitiativen lokalpolitische Aktivitäten zu entfalten und haben es so in die Stadträte von Nürnberg und München geschafft.

Im zweiten Teil der Broschüre wird der Versuch der Rechten, soziale Themen zu instrumentalisieren, analysiert und zurechtgerückt. Und es werden Beispiele benannt, wie Stimmung gegen Gewerkschaften gemacht wird. „Volksfeindliche Gewerkschaftsbonzen“ ist da noch von der harmloseren Sorte.

Der dritte Teil der Broschüre greift zunächst aus einer etwas theoretischeren und historischen Sicht Fragen der sozialen Demagogie von Rechts auf und wirft einen Blick auf die Rolle von Thilo Sarrazin als „ein Scharnier zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem“.

Schließlich verweisen die Autoren auf Untersuchungen, denen zufolge rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern ebenso häufig sind wie unter Unorganisierten. Sie benennen mögliche Gründe und Ursachen und diskutieren, wo Gewerkschaften ansetzen müssen.



„Rechtsextremismus in Bayern – Befunde, Argumente. Gegenstrategien“ kann auf der Internetseite des DGB-Bezirks Bayern heruntergeladen werden: www.bayern.dgb.de

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Mai 2012“ ■

MI Schünemann rechtfertigt erneut Gutscheinpraxis

Am 27.02.2012 hat der Stadtrat von Oldenburg eine Resolution verabschiedet, in der er die Ausgabe von Wertgutscheinen an Stelle von Geld an Flüchtlinge ablehnt. Neben dem bürokratischen Aufwand wird in der Resolution v.a. auf die diskriminierende Wirkung der Gutscheine verwiesen.

Innenminister Schünemann hat mit Schreiben vom 10. April an den Oberbürgermeister von Oldenburg, Gerd Schwandner, noch einmal mit der altbekannten Argumentation begründet, warum er an der Gutscheinpraxis festhält und warum er sie gut heißt. Herr Schünemann begründet die Gutscheinausgabe mit der abschreckenden bzw. keine Anreize bietenden Wirkung. Die ggf. entstehenden höheren Verwaltungskosten rechtfertigt der Innenminister mit Einsparungen, die entstehen, wenn Menschen auf Grund der abschreckenden Wirkung gar nicht erst nach Deutschland kommen. Mit dieser Argumentation hat er in der Vergangenheit auch die kostenintensive Unterbringung von Flüchtlingen in den landeseigenen Lagern begründet. Es dürfte jedoch allgemein bekannt sein, dass die Flüchtlinge kaum nach Deutschland kommen, um sich in die vermeintliche „soziale Hängematte“ zu legen, sondern weil es „Push-Faktoren“ in ihren Herkunftsländern gibt. Einen Nachweis für die Stimmigkeit dieser Gegenrechnung wird Herr Schünemann kaum erbringen können.

Viel interessanter an dem Schreiben aber ist die Tatsache, dass Herr Schünemann sich mit seiner Position auf der Seite der Bevölkerungsmehrheit wähnt. Hier wird vermutlich der wahre Hintergrund seiner Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik offensichtlich: Es geht ihm um Populismus. Eine diskriminierende Politik gegenüber Flüchtlingen ist (mutmaßlich) mehrheitsfähig. Der Innenminister kann den law-and-order-sheriff der Landesregierung spielen, mit dem auch das Klientel weit rechts befriedigt wird.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 10.05.2012 ■

Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention in Niedersachsen

Fälle Siala/Salame und Naso dokumentieren Versäumnisse der Behörden

„Voll in Ordnung – unsere Grundrechte“ ist eine Presseerklärung des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann vom 23.04.2012 überschrieben, der gemeinsam mit dem Kultusminister Althusmann und dem Präsidenten der Klosterkammer Hannover eine Grundrechtefibel für Kinder ab 8 Jahren „aus Anlass des zwanzigjährigen Jubiläums des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention“ herausgegeben hat.

Wir stellen fest: Nachhilfeunterricht in Sachen UN-Kinderrechtskonvention benötigt vor allem die Landesregierung: Denn die Rechte von Flüchtlingskindern werden in Niedersachsen häufig mit Füßen getreten. Familien werden durch Abschiebung getrennt, Kinder um ihren Anspruch auf eine Erziehung durch beide Elternteile gebracht, eine angemessene Anhörung der Kinder und vorrangige Orientierung aller behördlicher Maßnahmen an ihrem Wohl findet oft nicht statt.

Genau das fordert aber die UN-Kinderrechtskonvention. Leidtragende der in Niedersachsen verfolgten, brachialen Abschiebungspolitik ohne Rücksicht auf Kinderrechte sind – neben vielen anderen – die Familien Siala/Salame sowie Naso: An ihrem Beispiel wird exemplarisch deutlich, wie wenig Kinderrechte für Flüchtlinge in Niedersachsen zählen, und welche Folgen dies für die Betroffenen hat. „Die niedersächsischen Behörden und politischen Verantwortungsträger verletzen offenkundig ihre Fürsorgepflicht gegenüber Flüchtlingskindern“, so Heiko Kauffmann (PRO ASYL).

Kauffmann kritisiert, dass Niedersachsen nach wie vor ausländerrechtliche Maßnahmen über das Kindeswohl stellt, und spricht von einem „Lehrstück über staatliche und behördliche Missachtung von Verfassung und Völkerrechtsnormen“. Mit der Ratifikation des Vertrags hat die Bundesrepublik sich verpflichtet, diese Rechte aller Kinder zu sichern. Niedersachsen bricht diese Rechte.

Auch Prof. Lothar Krappmann, international anerkannter Forscher im Bereich Kindheit und Kinderpolitik, kritisiert den Umgang mit Flüchtlingskindern in Niedersachsen scharf: „Das Recht der Kinder auf Erwägung ihres Wohls und auf Leben mit beiden Eltern wurde von Niedersachsen mehrfach verletzt. Der Innenminister nimmt das Wort Kindeswohl nicht einmal in den Mund, das für Kinder zuständige Ministerium wird aus dem Fall ausgeschlossen. Integrationsleistungen werden nicht anerkannt. Ich werde diese niedersächsische Praxis auch im Rahmen des beschlossenen UN-Beschwerdeverfahrens kritisieren, sobald dies rechtlich möglich ist.“

Menschenrechtler fordern, den überfallartigen Vollzug von Abschiebungen und die damit erzwungenen Familientrennungen sofort zu beenden.



Zahlreiche Briefe prominenter Unterstützer/innen der Familie Siala/Salame an Ministerpräsident McAllister wurden größtenteils nicht beantwortet. Nur ein Teil der prominenten Briefeschreiber/innen erhielt als Antwort ein gleichlautendes Formschreiben einer Unterabteilung der Staatskanzlei mit einem Auszug des Protokolls einer Landtagsdebatte und dem Hinweis auf die Weiterleitung des Briefes an das zuständige Innenministerium, wo die Briefe dann zu den Akten gelegt wurden. In wenigen persönlichen Antwortschreiben aus der Spitze der Staatskanzlei oder des Innenministeriums wird mit keinem Wort auf die Rechte der Kinder eingegangen.

Heiko Kauffmann (PRO ASYL) fordert in der Konsequenz die Einrichtung einer „Kommission zur Untersuchung des institutionellen Rassismus in der Flüchtlingspolitik Niedersachsens“. Es ist inakzeptabel, dass Kinder nicht den notwendigen Schutz und die erforderliche Fürsorge erfahren, weil das Innenministerium zwar für den Vollzug von Abschiebungen, nicht aber für die Heilung der damit verbundenen Folgen zuständig sein will. Das Land Niedersachsen ist jetzt gefordert, Aufnahmeerklärungen nach § 22 AufenthG für Gazale Salame und ihre Kinder Schams und Gazi sowie für Bedir und Anuar Naso abzugeben und damit die Voraussetzung für eine schnelle Familienzusammenführung zu schaffen! Wir fordern das Innenministerium auf, die Einhaltung der Rechte von Flüchtlingskindern in der ausländerbehördlichen Praxis zu gewährleisten, konkret:

- ⑥ Vorrang des Wohls der Kinder, Gleichbehandlung aller Kinder in Deutschland
- ⑥ Verzicht auf das Auseinanderreißen von Familien mittels Abschiebung
- ⑥ Ankündigung von Abschiebungen entsprechend der Praxis bis 2003
- ⑥ Anhörung von Flüchtlingskindern „in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren“ gem. Art: 12 KRK

Hannover, den 23.05.2012

Prof. Dr. Lothar Krappmann, Forscher am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Berlin) über Kinderentwicklung, langjähriges Mitglied des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes, der die weltweite Einhaltung des von 193 Staaten ratifizierten UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes kontrolliert.

Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied und Mitbegründer von PRO ASYL, Träger des Aachener Friedenspreises und des Deutschen Kinderrechtspreises „Blauer Elefant“

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen – 23.05.2012 ■

Besuch der deutschen Delegation im Flüchtlingslager Choucha

Seit vergangener Woche besucht eine Delegation des deutschen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge das Flüchtlingslager Choucha, um 200 Menschen für ein Resettlement in die Bundesrepublik auszuwählen. Im Lager auf einer tunesischen Militärbasis an der libyschen Grenze harren seit Februar 2011 einige Tausend Menschen aus, die vor dem Krieg in Libyen geflohen sind. Heute sind noch etwa 3300 Flüchtlinge in Choucha, größtenteils Menschen aus subsaharischen Staaten, die in Libyen gelebt und gearbeitet haben. Am vergangenen Montag organisierten Flüchtlinge eine Protestkundgebung um auf ihre perspektivlose Situation aufmerksam zu machen.

Die deutsche Delegation führte Interviews mit einer Auswahl an Flüchtlingen durch, um 200 Personen auszuwählen, die im Zuge des Resettlement-Verfahrens nach Deutschland aufgenommen werden. Unter den 3300 Flüchtlingen befinden sich 28 601 Personen, die nach ihren Interviews mit Mitarbeitenden des UNHCR, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, als Flüchtlinge anerkannt wurden. Sie warten schon seit nun mehr als einem Jahr in diesem Camp in der Wüste darauf, dass die angekündigten Resettlements vorgenommen werden.

Das Resettlement-Verfahren läuft jedoch nur sehr schleppend an und voraussichtlich wird es sich noch lange hinziehen und nicht genügend Plätze für alle Flüchtlinge geben. Deutschland hat angekündigt 200 Personen und insbesondere Familien aufzunehmen. Diese Zahl ist sowohl in Relation zur Bevölkerungszahl Deutschlands als auch im Vergleich zu den Aufnahmezahlen anderer Staaten recht gering.

Insgesamt flohen fast eine Millionen Menschen vor dem Krieg in Libyen, viele aus Angst vor den Bomben der internationalen Truppen. Unter Anderem waren 103 deutsche Soldaten während des NATO-Einsatzes in Libyen an der Auswahl der Angriffsziele beteiligt. Das postrevolutionäre Tunesien reagierte auf die Flüchtenden, trotz der eigenen innenpolitischen Probleme, mit der Öffnung der Grenze für Menschen jeglicher Nationalität.

Die Flüchtenden waren überwiegend libysche StaatsbürgerInnen und wurden in Privathaushalten aufgenommen oder in Sporthallen untergebracht. Neben der Unterstützung von internationalen Organisationen, engagierten sich etliche selbstorganisierte Gruppen, die Spenden und Lebensmittel für die Flüchtlinge sammelten. Dabei war das Aufnehmen einer solch großen Flüchtlingszahl für das kleine Tunesien mit 10,5 Millionen Einwohnenden eine Herausforderung. Bürger berichtetenv beispielsweise von einer zeitweiligen Trinkwasserknappheit.

Der Großteil der libyschen Flüchtlinge und derer aus Drittstaaten, konnten mittlerweile in ihre Herkunftsländer zurückkehren. 3700 DrittstaatlerInnen blieben jedoch im Shoucha Flüchtlingslager und baten den UNHCR um Schutz.

Strapazen im Camp

AktivistInnen, die das Choucha-Camp besuchten, betonen, dass der psychische Stress, unter den vorausgewählten Flüchtlingen gerade vor angekündigten Resettlement-Interviews enorm hoch sei, da eine Ablehnung durch die deutsche Delegation weitere Monate unter der brennendenWüstensonne bedeuten würde. „Außerdem sind die Auswahlpraxen der Aufnahmeländer extrem zynisch.



Die Art und Weise, wie schutzsuchende Menschen, die offiziell als Flüchtlinge anerkannt wurden, ausgesucht werden, erinnert an das Auswählen von Waren. Durch die Aufnahme geringer Zahlen von Flüchtlingen, stellen sich die Regierungen von EU-Staaten, als humanitär dar. Obwohl die EU wirtschaftlich auf Migration angewiesen ist und von dieser profitiert, wird weiterhin auf militärische Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Migrierende beharrt. Das Mittelmeer wird so zu einer Todesfalle, durch die allein im letzten Jahr über 1500 Menschen ums Leben kamen.", so die Aktivistin Pia Luka von einer Unterstützungsgruppe.

Luka weiter „Problematisch sind jedoch nicht nur die Lebensbedingungen im Flüchtlingslager Choucha und die Dauer des Resettlement-Verfahrens, sondern auch die Verfahren der Flüchtlingsanerkennung an sich. Die etwa 300 Personen, die sich trotz ihrer Ablehnung durch den UNHCR noch in Choucha aufhalten, befinden sich in einer perspektivlosen Situation." Ihnen wird vom UNHCR die freiwillige Rückkehr in ihr Herkunftsland oder nach Libyen nahegelegt, da sie sich seit der Ablehnung durch den UNHCR illegal in Tunesien aufhalten. Die Gruppe der abgelehnten Flüchtlinge jedoch führt verschiedenste Beispiele von Fehlern an, die dem UNHCR bei der Flüchtlingsstatusbestimmung unterlaufen sind. So kam es aufgrund von fehlender professioneller Übersetzung zu Fällen, in denen die Parteilichkeit der Übersetzenden zur Ablehnung der Flüchtlinge führte. Ein Bericht des Forums der Abgelehnten Flüchtlinge von Choucha sagt: „Wir mussten Fälle von inkompetenten ÜbersetzerInnen erleben. Zudem wurde über einige Communities auf generelle Weise entschieden, ungeachtet der individuellen Verfolgung, die Einzelne in ihrem Heimatland fürchten. Die meisten WestafrikanerInnen wurden schlicht aufgrund ihrer Herkunftsländer abgelehnt." Die abgelehnten Flüchtlinge beharren auf ihrer Forderung der Neueröffnung ihrer Fälle, durch ein neutrales UNHCR-Team, welches nicht unter Notfallbedingungen arbeitet.

Am Montag den 14. Mai brachten vor allem die abgelehnten Flüchtlinge ihre Forderungen noch einmal klar zum Ausdruck. Sie veranstalteten eine friedliche Demonstration unter der Beteiligung vieler hundert Menschen vor dem Büro des UNHCR in Choucha.

Das letzte Jahr in Choucha hat gezeigt, dass die Arbeit des UNHCR nicht aufgeht. Flüchtlinge, die Schutz suchen, harren seit über einem Jahr in einem Wüstencamp ohne adäquate psychische Unterstützung zu erhalten aus. Geographisch und gesellschaftlich isoliert, sind sie kaum in der Lage gegen Verfahrensfehler des UNHCR vorzugehen und sind zum Warten verdammt.

Quelle: ChouchaMigrantSolidarity, choucha@riseup.net ■



Abzocke in Ausländerbehörden beenden!

„Die hohen Gebühren für die neuen elektronischen Aufenthaltstitel sind europarechtswidrig und dürfen so nicht länger erhoben werden, jedenfalls soweit es türkische Staatsangehörige betrifft. Das ergibt sich aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und wurde kürzlich vom Verwaltungsgericht in Aachen bestätigt. Die Bundesregierung und die Bundesländer müssen diese unrechtmäßige Praxis sofort einstellen! Den Betroffenen empfehle ich, Widerspruch einzulegen und für ihre Rechte zu kämpfen", erklärt Sevim Dağdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, angesichts des Urteils des VG Aachen 8 K 1159/10 nach mündlicher Verhandlung am 14. März 2012. Dağdelen weiter:

„Es ist pure Heuchelei, wenn die Bundesregierung von Migrantinnen und Migranten ständig die Beachtung der Rechtsordnung einfordert, selbst aber europäisches Recht aus politischem Kalkül bewusst missachtet.

Seit mehr als zwei Jahren ignoriert die Bundesregierung selbst auf hartnäckige Nachfragen meinerseits, dass die Gebühren für Aufenthaltstitel bei türkischen Staatsangehörigen gegen das EU-Türkei-Assoziationsrecht verstoßen. Die Bundesregierung und die Bundesländer nutzen offenkundig die schwierige und komplizierte Rechtslage aus.

Viele Betroffene kennen ihre Rechte nicht oder haben verständlicherweise Skrupel, rechtsanwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Doch das sollten die Betroffenen meines Erachtens jetzt tun und gegen die unrechtmäßigen und überhöhten Gebühren Widerspruch einlegen. Ist eine Kostenentscheidung nur mündlich erfolgt, ist dies binnen Jahresfrist sogar rückwirkend möglich.

Das Verwaltungsgericht Aachen hat im März 2012 entschieden, dass statt der rechtlich vorgesehenen 135 Euro für eine Daueraufenthaltserlaubnis nur gut 30 Euro zu zahlen waren. Das Gericht stellte sogar die Frage, ob angesichts der Verstöße gegen Europarecht überhaupt eine Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung gegeben sei.

Grund ist das so genannte Verschlechterungsverbot des Assoziationsrechts, das arbeits- und aufenthaltsrechtliche Verschärfungen gegenüber türkischen Staatsangehörigen untersagt.

Die Bundesregierung und die Bundesländer sind aufgefordert, ihre rechtswidrige Praxis sofort einzustellen und die Abzocke türkischer Staatsangehöriger zu beenden."

Quelle: Sevim Dağdelen Fraktion DIE LINKE Berlin, 10. Mai 2012 ■



Liste der Mängel des Lagers und Forderungen der Flüchtlinge

„Asylbewerberunterkunft" in Mannheim – Neckarstadt-West (Industriestraße / Pyramidenstraße)

Die Flüchtlinge haben vor und nach dem Soli-Fest am 3. März dieses Jahres mit einigen Unterstützer-innen über ihren Alltag und ihre unerträglichen Lebensbedingungen gesprochen. Dabei haben sie schwer wiegende Mängel benannt und dringende Forderungen aufgestellt.

Wir hoffen, dass sich viele Menschen in Mannheim und Umgebung mit den Flüchtlingen solidarisieren und zusammen mit ihnen dafür kämpfen, dass ihre

Forderungen auch erfüllt werden. Die Ergebnisse der Gespräche wurden in einer Liste zusammengefasst, die wir hiermit öffentlich machen.

Mannheim, den 4.5.2012, Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim

Mängel

- Schlechte hygienische Bedingungen (vor allem in den Bädern, Küchen und Toiletten)
- Dadurch werden Kakerlaken und Ratten verstärkt angezogen
- Möbel und Küchengeräte sind oft kaputt, werden gar nicht oder erst nach längerer Zeit ersetzt oder repariert.
- Die Nutzung eigener oder von den BewohnerInnen organisierter Möbel oder Gebrauchsgegenständen wird verweigert. (Gegenstände dürfen nicht in die Unterkunft gebracht werden).
- Die Raumverteilung ist äußerst ungünstig (Alte und kranke Menschen sind beispielsweise in den oberen Stockwerken untergebracht).
- Durch die gemischte Unterbringung entstehen Konflikte. Menschen, die schon im Herkunftsland miteinander verfeindeten ethnischen Gruppen angehörten, sind gezwungen, in der Unterkunft teilweise in einem Raum zusammen zu leben.
- Die BewohnerInnen haben zu wenig Platz. Sie sind oft in kleinen Räumen, in denen zu viele Menschen auf engstem Raum wohnen, untergebracht.
- Der Hausmeister macht oft leere Versprechungen bezüglich Reparaturen oder Ersatz von Gegenständen. Er kümmert sich dann nicht um die Probleme der Flüchtlinge und ist oft nicht ansprechbar, bzw. gar nicht vor Ort.
- Die BewohnerInnen fühlen sich eingesperrt wie in einem Gefängnis. Die Übernachtung von BesucherInnen ist in der Unterkunft ist nicht möglich. Außer wenn vorher eine Genehmigung eingeholt wurde.
- Die Mobilität der BewohnerInnen ist sehr eingeschränkt, weil die öffentlichen Verkehrsmittel zu teuer sind.
- Die angebotenen Deutschkurse decken nicht den Bedarf.
- Kein weiterführender Schulunterricht. Eine Ausbildung wird nicht gestattet.
- Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte werden nicht gestellt. Diese müssen aus eigener Tasche bezahlt und organisiert werden. (Wegen des geringen monatlichen Taschengeldes – nur 40 Euro ist daher die anwaltliche Vertretung oft nicht möglich)
- Das Geld reicht nicht für Medikamente und Arztbesuche.
- Flüchtlinge sagen, dass sie zu wenig Geld haben, um menschenwürdig leben zu können.

Forderungen

- Das Lager muss geschlossen werden.
- Point Store (Von der Diakonie betriebener einziger „Laden" für die Flüchtlinge, direkt neben der Unterkunft) muss geschlossen werden.
- Lebensmittel sollen frei wählbar und in normalen Läden käuflich sein.
- Der Sicherheitsdienst (Security) soll abgeschafft werden. Er bedeutet für die Bewohner-innen eine ständige Kontrolle wie im Gefängnis und erzeugt Stress und Unbehagen. ■

Aktionstage in Berlin gegen die Botschaftskollaboration bei Abschiebungen

Deportation is Colonial Persecution!

Vom 9. bis 11. Mai 2012 veranstaltete „The VOICE Refugee Forum" mit der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" und anderen antirassistischen Gruppen in Berlin Aktionstage gegen die Zusammenarbeit zwischen Botschaften und deutschen Behörden bei Abschiebungen. Die Botschaften von Nigeria und Guinea standen wegen korrupter Praktiken und fragwürdiger Identitätsfeststellungen bei der Ausstellung von Reisedokumenten für Abschiebungen im Fokus des Protests. Höhepunkt der Aktionstage war eine Kundgebung und Demonstration am 10. Mai vor der nigerianischen Botschaft in der Neue Jakob Str. 4.

Eine Abschiebung ist nur möglich, wenn ein Staat die betroffene Person „zurücknimmt". Dazu beschaffen deutsche Ausländerbehörden gegen Geld Pässe und Passersatzdokumente bei den Botschaften der Länder, in die abgeschoben wird. Flüchtlinge werden dazu gezwungen, bei BotschaftsvertreterInnen vorzusprechen, um ihre Herkunft und Identität festzustellen und anschließend Reisedokumente auszustellen. Um das Verfahren zu beschleunigen, werden zentrale Sammelanhörungen an wechselnden Orten organisiert.

Rex Osa, Sprecher von „The VOICE Refugee Forum Stuttgart", übt scharfe Kritik: „Die nigerianische Botschaft, als eine von vielen, reist monatlich von Bundesland zu Bundesland, um in mobilen Hearings Abschiebe-Dokumente auszustellen. Letzten Monat waren sie in Karlsruhe, aktuell läuft eine Abschiebeanhörung in Dortmund. Die deutschen Behörden zahlen für jede „Identifizierung" und jedes ausgestellte „traveling certificate". 2005 hatte die Botschaft kurzzeitig wegen der schlechten Behandlung von NigerianerInnen in Deutschland die Vorführungen verweigert – aber als der Tarif von 130 auf 250 Euro pro „Identifizierung" erhöht wurde, lief das Abschiebegeschäft wieder wie geschmiert. Es werden sogar Menschen aus anderen afrikanischen Ländern als NigerianerInnen „identifiziert", um sie abzuschieben. Die europäischen Regierungen predigen „Good Governance", aber wenn es darum geht, unsere Leute abzuschieben, greifen sie auf korrupte Praktiken zurück."

Die Abschiebeanhörungen waren Ziel zahlreicher Proteste von Flüchtlingscommunities. Viele Betroffene haben Vorladungen zu solchen Terminen erfolgreich boykottiert. Dazu Salomon Wantchoucou von der Flüchtlingsinitiative Möhlau: „In den Flüchtlingslagern gibt es eine große Angst, von der Polizei zur Botschaft zwangsvorgeführt und abgeschoben zu werden. Wir wollen dagegen den Leuten Mut machen, dass Widerstand möglich ist und dass sie sich gegen ihre Abschiebung wehren können."

Presseerklärung von The VOICE Refugee Forum zum Aktionstage 9-11 Mai in Berlin: Flüchtlingsprotest gegen Abschiebungen ■

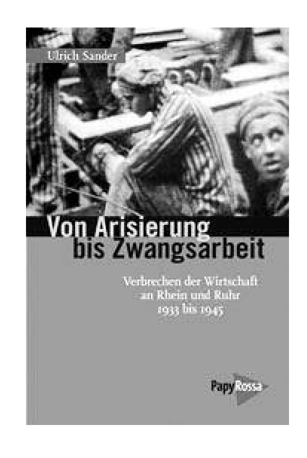


Foto: Adrienne Gerhäuser/heba/Umbruch Bildarchiv



Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945

Landesweite Mahnbewegung – jetzt Buch zum Thema erschienen



Unter den in Medien bekannt gegebenen Jahrestagen, die im neuen Jahr begangen werden, suchen wir vergeblich den 26. Januar. Antifaschisten haben ihn in Düsseldorf begangen. Es ist der 80. Jahrestag des Treffens Hitlers mit der Industrie im Industrieclub, der sich noch heute im Steigenberger Park-Hotel befindet. Die 500-köpfige Spitze der Industrie-Gesellschaft, eingeladen vom Henkel- und Thyssenkonzern, war anwesend. Darunter war auch der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Dr. Robert Lehr, der später bei Adenauer Innenminister wurde und das KPD-Verbot durchsetzte. Hitler sprach davon, dass der Marxismus ausgerottet werden solle, er wolle die Gewerkschaften zerschlagen, das Parteiwesen, das „Parteiunwesen" beseitigen, also die Demokratie abschaffen; die Reichswehr solle aufgerüstet und kriegsfähig werden, und er wolle Lebensraum im Osten gewinnen. Im Grunde genommen hat Hitler das ganze Programm dargelegt, das dann zur Nazi-Diktatur und in die Katastrophe geführt hat. Im Verlaufe des Vortrages zeigte sich mehr und mehr Zustimmung und die Zeitungen schrieben am nächsten Tag, dass lang anhaltender Beifall Hitler für seine Ausführungen belohnt hat. Bei Mahnwachen zum 26. Januar am Park-Hotel wurde von der VVN-BdA wiederholt verlangt: Es müsste hier eine Tafel mit der Aufschrift angebracht werden: „1932 – Hier bekam Hitler von der Industrie Beifall und Geld. Hier wurden die Weichen zum Krieg gestellt."

In anderen Städten wurden inzwischen Mahntafeln aufgestellt, oder ihre Planung wurde beschlossen. So am Stadtwaldgürtel in Köln, wo Anfang 1933 Hitler und der Bankier von Schröder zusammen mit von Papen (Zentrum) die Weichen zur Machtübertragung am 30. Januar stellten. So in Dortmund und Gelsenkirchen, wo Mahntafeln das Wirken der Thyssen und Kirdorf, der sehr frühen Hitlerfinanziers schildern sollen. An die I.G. Farben erinnert nahe dem Bayer-Werk in Leverkusen eine Tafel, die aus privater Initiativ aufgestellt wurde. Bezeichnenderweise ist diese immer wieder Zielpunkt für Angriffe der ach so antikapitalistischen Neonazis.

Mit Anträgen und Aktionen zur Schaffung solcher Mahntafeln setzt die VVN-BdA von Nordrhein-Westfalen ihre Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945" fort, in deren Rahmen mit örtlichen Mahnwachen, Publikationen und Bürgeranträgen zur Aufklärung über die Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945 aufgefordert wird. Sie wurde von der VVN-BdA und anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten veranstaltet in: Bielefeld (Oetker), Herten (Zwangsarbeit im Bergbau), Dortmund-Mitte (Ex-Springorum-Villa), Dortmund-Hörde (Zwangsarbeit in der Stahlindustrie), Essen (Krupp), Mülheim (Thyssen), Kreuztal (Flick) und Siegen (Zwangsarbeit in Südwestfalen).

Weitere Anträge liegen in Bonn (Abs), Marl (Degussa/Degesch) und Hagen (Quandt) vor oder es werden Aktionen in mehreren Städten vorbereitet. Eine erste Bilanz – und zugleich eine Anregungen zur Nachahmung auch außerhalb Nordrhein-Westfalens – soll in einem Buch „Von Arisierung bis Zwangsarbeit" gegeben werden, das in einigen Wochen erscheint und die Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr von 1933 bis 1945 zum Thema hat.

Zusammengenommen werden die Tafeln wie auch die Dokumentationen eine Art virtuelle Gedenkstätte werden. Ihre bisherigen Standorte sind schon jetzt unter http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de/ einzusehen. Die Initiatoren sind sich bewusst, dass die Erinnerung an die Schuld der ökonomischen Eliten an Krieg und Faschismus nicht dem Trend der Zeit entspricht. Aus Gedenkstätten in Ostdeutschland wurde die Erinnerung an die Täter im Nadelstreifen getilgt. Das 200-jährige Firmenjubiläum Krupps in Essen ging mit Hochglanzbroschüren über die Bühne. Sklavenarbeiter? Die wurden Krupp doch zugewiesen!

Es war der verstorbene Ignaz Bubis, Zentralrat der Juden in Deutschland, der in Kreuztal im Flick-Gymnasium mit den Anstoß zur Namensumbenennung gab. Er wies darauf hin, dass nunmehr fast alle Berufsgruppen ihre NS-Geschichte aufgearbeitet haben, nur nicht die der Unternehmer. Bubis, der einst selbst als KZ-Häftling in einem Flick-Betrieb arbeiten musste, zeigte sich betroffen über die Begründungen – Flick der große Mäzen –, die gegen eine Namensänderung vorgetragen wurden. Doch seine Anregung setzte sich durch.

Ulrich Sander

Ulrich Sander: Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945
Neue Kleine Bibliothek 178, 367 Seiten, 18 s/w Abbildungen
EUR ca. 16,90 [D]
ISBN 978-3-89438-489-0
PapyRossa Verlag

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechte Europavorstellungen zwischen Kitsch und Geopolitik

Bayerische Tourismuswerbung in ihrer schlechtesten, weil verlogensten, Form – an die fühlt man sich beim Betrachten des Titelbildes der Maiausgabe von ZUERST! Erinnert: Vier blonde und ein brünettes Fotomodell in Pseudodirndln, die so nirgendwo (außer von nord- oder westdeutschen Oktoberfesttouristinnen) getragen werden, strahlen um die Wette in die Kamera. Im blauen Himmel über ihnen in gelb-goldenen Lettern die Botschaft des Heftes: „Europa hat Zukunft". Und dann kleiner in dunkelblau: „Freie Völker statt EU-Kommissare".

Im ersten und ausführlichsten Beitrag des Magazins machen sich Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER sowie DIRK REINARTZ und KATHARINA PRÖLL Gedanken über die Frage „Was ist Europa?" und finden Antwort zuerst im frankokanadischen Quebec: „Europa ist dort, wo die europäische Identität zu finden ist, lautet die trotzige Botschaft. Und die ist in Quebec zumindest mehr erkennbar, als in den Banlieus von Paris, Berlin-Neukölln oder den EU-Regierungsbehörden in Brüssel und Straßburg". Der Gegensatz zur „europäischen Identität" sind die USA: „Fragt man einen Quebecer auf der Straße, hört man schnell, daß ‚Colt, Bibel und Raubtierkapitalismus' zwar wohl die niedersten Instinkte ansprechen, aber mit der europäischen Zivilisation wenig zu tun haben...".

Von Kanada (und damit vom Feindbild USA) geht es auf den Balkan: „Die Frage, ob die Serben ‚Anti-Europäer' seien, weist sie (*die serbische Journalistin Biljana Djorovic – tri*) entschieden von sich. ‚Im Gegenteil', sagt sie entrüstet und verweist auf den ‚Opfergang für Europa', der den Serben heute nicht mehr gedankt werde. Sie meint damit die legendäre Schlacht auf dem Amselfeld im Kosovo im Jahre 1389 gegen die Türken. Der serbische Fürst Lazar stellte sich der Übermacht der Osmanischen Streitkräfte unter Sultan Murad I. Und lieferte sich eine opferreiche Schlacht, die die Serben letztendlich verloren. Aus Sicht der serbischen Geschichtsschreibung wurde durch diesen Opfergang der Vormarsch der Türken auf Europa entscheidend geschwächt und verlangsamt. Die Wucht der Osmanischen Kriegsmaschine sei am serbischen Widerstand zerschellt. Fürst Lazar fiel in der Schlacht und wurde so zum nationalen Märtyrer der Serben.

Daß das Amselfeld – also das Kosovo – nun unter Zwang des Westens von Serbien abgetrennt wurde und eine internationale Militärmission ausgerechnet dort ein muslimisches Protektorat, einen Kunststaat der Kosovo-Albaner erricht hat, läßt die ‚Herzen der Serben der EU nicht gerade zufliegen', wie sich Djorovic vorsichtig ausdrückt. Man fühle sich verraten von denjenigen, für die die Vorväter gefallen seien – im Kampf für ein freies Europa. 400 Jahre lang war Serbien von den Türken besetzt, ‚doch wir haben uns unsere Kultur, unsere Religion und unseren Charakter erhalten' sagt Djorovic. Und die EU werde es auch nicht schaffen, genau das den Serben zu ‚stehlen', schiebt sie trotzig nach".

Das mit der Religion sehen die Autor(in)en allerdings etwas anders: „In der EU wiederum verständigt man sich, auf ein sogenanntes ‚christlich-abendländisches' oder gar ‚christlich-jüdisches' Erbe als Klammer. Doch das greift viel zu kurz – denn das kulturelle Erbe des Kontinents ist viel älter als 2000 Jahre Christentum. Und man trifft es bis heute in seinen zahlreichen Ausprägungen noch von Portugal bis zum Ural an. Alte Feste wie die zur Winter- und Sommersonnenwende werden heute – zwar meist im christlichen Gewand – noch überall auf dem Kontinent begangen, auch Erntedank und Allerheiligen haben vorchristliche Wurzeln". Europäische Identität scheint sich also vor allem negativ zu definieren: gegen die USA und den westlichen Liberalismus, gegen die Türken, die auf dem Balkan, in den Banlieus von Paris und in Berlin-Neukölln Europa erobern wollen und gegen das Christentum bzw. schon gar das Judentum.

Der prominente französische rechte Theoretiker ALAIN DE BENOIST kommt im ausführlichen Interview zwar zu ähnlichen Ergebnissen, geht aber nicht von Kriegen im Mittelalter, sondern von ökonomischen und geostrategischen Interessenkonflikten aus: „Ich wünsche mir eine europäische Macht, die autonom handelt… Die Brüsseler Kommissare handeln gar nicht im Interesse der europäischen Völker. Als ‚gute Europäer' würden sie beispielsweise Industrie und Handel Europas schützen und eine vernünftige Gemeinschaft organisieren. Stattdessen wird ein uneingeschränkter Freihandel betrieben, tonangebend hier sind die Welthandelsorganisation (WTO) und die Logik der Kapital- und Finanzmärkte. Als ‚gute Europäer' würden sie den Kontinent unabhängig von den USA machen, als eigene geopolitische Macht auftreten". „Eigene geopolitische Macht" – darum geht es also, der Rest ist Geschwätz für romantische Seelen.

Das zu überwindende Haupthindernis auf diesem Weg hin zu einer europäischen Macht sind für Benoist die USA: „ Die USA hatten gehofft, sie würden nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems zur einzigen Weltmacht werden. Das war die Zeit, als Francis Fukuyama das ‚Ende der Geschichte' verkündete. Doch die Geschichte wollte dem nicht folgen. Die USA scheinen den Zenit ihrer Macht überschritten zu haben. Das 21. Jahrhundert wird nicht das einer unipolaren, US-zentrierten Welt sein, sondern wahrscheinlich vielmehr ein ‚Pluriversum', wie Carl Schmitt es einmal ausdrückte. Also eine multipolare Welt. Die aufstrebenden Mächte beginnen sich zu behaupten: China, Brasilien und Indien. Rußland findet seit der Regierungsübernahme durch Wladimir Putin wieder zu seiner traditionellen Rolle. Das Kernland und strategische Zentrum des eurasischen Kontinents spielt auch weiterhin eine wichtige strategische Rolle....Sie müssen verstehen: Die Stärke der USA ist oftmals nicht mehr als die Schwäche der Europäer".

Dem ZUERST-Interviewer ist das allerdings nicht genug. Wo bleibt die Hauptsache? Und deshalb fragt er zum Schluss des Gesprächs: „Herr de Benoist, welche Rolle könnte oder sollte Deutschland in einem ‚positiven'Europa spielen?" Der Franzose, ein höflicher Mensch aber auch ein realistischer Denker, antwortet: „Deutschland ist das Zentrum Europas. Das ist die Rolle, die diesem Land durch seine Geschichte, seine geographische Lage und die geopolitischen Erfordernisse zukommt. Ein einiges Europa hätte seine Hauptstadt in Berlin. Doch das wird in absehbarer Zeit nicht der Fall sein. Nietzsche sagte einmal: ‚Europa wird am Rande des Grabes sein'".

(tri)